



## **6. Stadtratsprotokoll / 6<sup>e</sup> procès-verbal du Conseil de ville**

**Sitzung vom Donnerstag, 07. Juni 2018, 18.00 Uhr**  
**Séance du jeudi 07 juin 2018 à 18h00**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**  
**Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

### **Anwesend / Présents:**

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Francescutto Luca, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Helbling Beatrice, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zumstein Joël

### **Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):**

Känzig Urs, Molina Franziska, Roth Myriam

### **Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:**

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

### **Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:**

-

### **Vorsitz / Présidence:**

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

### **Sekretariat / Secrétariat:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / Affaires traitées</b>	<b>Seite/Page</b>
100. Genehmigung der Traktandenliste.....	239
101. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	240
102. 20160066 Liegenschaft Rennweg 62 in 2504 Biel / Einräumung Baurecht an Biel GBBL Nr. 7738 mit Verkauf der Gebäude an die Abiteq Seeland AG, Nidau, und Verpflichtungskredit für die 10-jährige Miete von Flächen für die Abteilung Informatik und Logistik und den Verein X-Project .....	240
103. 20170023 Sportplatz Mettmoos / Ersatz Garderobe / Verpflichtungskredit.....	246
104. 20180058 Stiftung Schwanenkolonie / Leistungsvertrag 2018 – 2021/ Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600027255 20180059 Tierschutzverein Biel – Seeland – Berner Jura / Leistungsvertrag 2018 – 2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600019255 20180060 Tierparkverein Biel / Leistungsvertrag 2018-2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600009.....	255
• Ordnungsantrag.....	257
105. 20150318 Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde / Reglement über die Sozialbehörde, Änderung des Organisationsreglements und des Beschlusses des Stadtrates betreffend Sitzungsgelder und Fraktionsentschädigungen.....	260
• Ordnungsantrag.....	260
106. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180193, Dana Augsburg-Brom, SP, Muriel Günther, SP, Michelle Beriger, Grüne, Judith Schmid, PdA, «Wiederinbetriebnahme der öffentlichen Toiletten».....	260
105. 20150318 Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde / Reglement über die Sozialbehörde, Änderung des Organisationsreglements und des Beschlusses des Stadtrates betreffend Sitzungsgelder und Fraktionsentschädigungen (Fortsetzung) .....	261
• Ordnungsantrag.....	262
107. Überparteiliches Postulat 20170290, Fritz Freuler, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Judith Schmid, PdA, Glenda Gonzalez, PSR, «Fortschritt dank Landesstreik 1918: Rehabilitation der zu Unrecht verurteilten Bieler Streikenden» .....	268
108. Dringliches überparteiliches Postulat 20180064, Dana Augsburg-Brom, SP, Max Wiher, GLP, Stefan Kaufmann, FDP, Maurice Rebetez, PSR, Pascal Bord, PRR, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Reto Gugger, BDP, «Go Eisplanade! – Biel unterstützt weitere Austragungen .....	277
109. Dringliche überparteiliche Interpellation 20180065, Patrick Widmer, SVP, Stefan Kaufmann, FDP, «In welcher Form wird die Stadt Biel die nächste Schweizerische Plastikausstellung unterstützen?» .....	281
110. Interpellation 20170353, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP, «Darf Kunst alles?».....	282
111. Neueingänge.....	283

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung.

Auf den Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Rückweisungsantrag der Fraktion GLP zum Geschäft 20150318 «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde / Reglement über die Sozialbehörde, Änderung des Organisationsreglements und des Beschlussesentwurfs des Stadtrates betreffend Sitzungsgelder und Fraktionsentschädigungen»
- Änderungsanträge der Fraktion GLP zum Geschäft 20150318 «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde (...)»
- Rückweisungsantrag der Fraktion SP/JUSO zum Geschäft 20150318 «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde (...)»
- Überparteiliche Änderungsanträge der Fraktion Grüne, der Passerelle und der PdA zum Geschäft 20150318 «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde (...)»
- Ordnungsantrag der Fraktion FDP zum Geschäft 20150318 «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde (...)»
- Jahresbericht 2017 der SPITEX Biel-Bienne Regio
- Einladung des Stadtparkleists «Lust auf Kreativität und einen gemütlichen Nachmittag», Samstag, 9. Juni 2018, Stadtpark Biel

Auf dem Tisch des Weibels liegen folgende Unterlagen auf:

- Anhang zum Geschäft 20150318 «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde (...)» - Kostendarstellung
- Anhang zum Geschäft 20150318 «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde (...)» - mögliche Varianten
- Anhang zur Beantwortung der Interpellation 20170395 «Abrechnung Kredite» (Aufstellung Verpflichtungskredite pro Direktion)

## 100. Genehmigung der Traktandenliste

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Die heutige Traktandenliste ist reich befrachtet. Ich bitte Sie, Ihre Voten so kurz und prägnant als möglich zu halten, bei der Sache zu bleiben und auf Wiederholungen möglichst zu verzichten. Heute müssen zwingend alle Gemeinderatsgeschäfte behandelt werden. Sollte die Diskussion ausufern, behalte ich mir das Recht vor, die Redezeiten zu beschränken.

In Absprache mit dem Postulanten, Herrn Gugger, wird die Interpellation 20170353, «Darf Kunst alles?» vorgezogen und nach der dringlichen überparteilichen Interpellation 20180065 «In welcher Form wird die Stadt Biel die nächste schweizerische Plastikausstellung unterstützen?» behandelt. Diese Reihenfolge wäre schon anlässlich der letzten Stadtratssitzung vorgesehen gewesen. Die Behandlung der Postulate 20170389 «Schulwegpläne» und 20170390 «Die Schulwege sichern, indem sie sichtbar gemacht werden» wird auf die kommende Sitzung verschoben, weil die Postulantin, Frau Roth, heute abwesend ist.

Ich beabsichtige zudem, die Geschäfte 20170058 «Stiftung Schwanenkolonie / Leistungsvertrag 2018 - 2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600027», 20170059 «Tierschutzverein Biel - Seeland - Berner Jura / Leistungsvertrag 2018 - 2021 /

Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600019» und 20170060 «Tierparkverein Biel / Leistungsvertrag 2018 - 2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600009» gemeinsam zu diskutieren. Abgestimmt wird aber über jeden einzelnen Leistungsvertrag. Ich gehe davon aus, dass dieses Vorgehen zu einer Verkürzung der Diskussion beitragen wird.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen **genehmigt**.

## **101. Mitteilungen Stadtratsbüro**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Die Pause wird je nach Diskussionsverlauf festgelegt.

## **102. 20160066 Liegenschaft Rennweg 62 in 2504 Biel / Einräumung Baurecht an Biel GBL Nr. 7738 mit Verkauf der Gebäude an die Abiteq Seeland AG, Nidau, und Verpflichtungskredit für die 10-jährige Miete von Flächen für die Abteilung Informatik und Logistik und den Verein X-Project**

**Frank Lena, GPK:** Bereits bei Bezug der Liegenschaft an der Aarbergstrasse 72 durch das X-Project im Jahr 2000 war klar, dass es sich um eine Zwischennutzung handelte. Jetzt scheint der Moment für einen Umzug gekommen zu sein. Das X-Project soll - neben einer neuen Kletterhalle - im ehemaligen ESB-Gebäude eine neue Heimat finden. Mit der Abiteq Seeland AG konnte eine Investorin gefunden werden, die bereit ist, das ESB-Gebäude zu sanieren. Sie erhält von der Stadt ein Baurecht über 60 Jahre. Der Landwert beträgt CHF 250.-/m<sup>2</sup>. Die Gebäude werden verkauft. Formell wirft das Geschäft für die GPK keine Fragen auf. Allerdings ist noch unklar, was aus dem alten Gebäude an der Aarbergstrasse wird. Überdies wird aufgrund des Umzugs auch der Leistungsvertrag mit dem X-Project anzupassen sein. Gespräche zwischen dem Investor und neuer Mieterschaft haben bereits stattgefunden. Allerdings ist fraglich, ob es langfristig sinnvoll ist, das Gebäude am Rennweg 62 an einen privaten Investor zu verkaufen. Das ist aber schlussendlich eine politische Frage. Wie angetönt, hat die GPK aber formell keine Einwände und empfiehlt das Geschäft grossmehrheitlich zur Annahme.

**Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO:** In der Fraktion SP/JUSO führte das vorliegende Geschäft zu langen Diskussionen. Uns stört vor allem der Verkauf der Gebäude an die Avara-Gruppe. Wir sind der Meinung, dass die Stadt die Gebäude behalten und selber sanieren und somit auch die Kletterhalle selber bauen sollte. Der Verkauf ist für das X-Project schlecht. Bis jetzt war es bei der Stadt eingemietet. Ihm wurde - sollte der jetzige Standort einmal aufgegeben werden müssen - ein gleichwertiger Ersatzort garantiert. Diese Garantie ist für das X-Project von privaten Investoren illusorisch. Nach 20 Jahren kann sich der Investor vom X-Project trennen, ohne für einen Ersatzstandort zu sorgen. Deshalb ist es der Fraktion SP/JUSO sehr wichtig, dass sich die Stadt auch in Zukunft für einen gleichwertigen Ersatz verpflichtet. Ausserdem kann an vorliegendem Beispiel aufgezeigt werden, was passiert, wenn die öffentliche Hand ihre Gebäude an gewinnmaximierende Investoren verscherbelt: Die Miete der Abteilung Informatik und

Logistik (IUL) steigt nach der Sanierung innert vier Jahren um fast 70%. Mit diesen finanziellen Mitteln hätte das Gebäude problemlos von der Stadt selber saniert werden können. Das Verhältnis zwischen Fremd- und Eigenkapital bleibt gleich, egal ob die Stadt selber saniert oder ob sie die Gebäude verkauft. Auch das Argument, das Risiko aufgrund der Altlasten sei zu hoch, zählt nicht. Erstens nimmt auch der Investor dieses Risiko auf sich und zweitens sollte sich die Stadt Know-How bezüglich der Sanierung von Altlasten aneignen. Andernfalls wird sie mit der Zeit alle ihre Liegenschaften verkaufen müssen, denn in Biel gibt es überall Altlasten. Der neue Standort des X-Project ist ferner nicht mit dem neuen zu vergleichen. Die Fraktion SP/JUSO ist darüber enttäuscht. Mit dem Umzug hätte ohnehin zugewartet werden können, weil sich der TCS gar nicht mehr für das Gebäude an der Aarbergstrasse interessiert. Trotzdem kann die Fraktion SP/JUSO dem Geschäft auch Positives abgewinnen, so etwa, dass der SAC endlich die Kletterhalle erhält, auf die er schon lange gewartet hat. Ausserdem befürworten beide betroffenen Vereine das Projekt. Aus diesen Gründen verzichtet die Fraktion SP/JUSO auf einen Rückweisungsantrag, hat aber Stimmfreigabe beschlossen.

**Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR:** Le Groupe PRR a examiné avec intérêt cette affaire qui semble d'un point de vue économique un peu complexe. Toutefois, elle règle plusieurs situations de manière très avantageuse et simple pour tous les participants. Comme vous l'avez tous lu, il s'agit de la vente en droit de superficie d'un terrain, d'une vente réelle d'un bâtiment qui est en mauvais état et qui a besoin de gros travaux, chiffrés à 5.6 mio. fr. et de la création d'endroit de vie dans une nouvelle halle d'escalade et, dans les locaux existants pour le X-Project. La Ville de Bienne va payer un loyer pour ces infrastructures durant dix ans en tout cas et il sera renouvelable avec options respectives de prolongation sur cinq ans, c'est à dire 20 ans de garantie, ce qui semble suffisant. Les droits de superficie payés chaque année ne couvrent pas du tout les loyers qui seront versés pour l'utilisation de ces locaux. Toutefois, ce qui est versé, par exemple pour le X-Project, ne dépasse pas ce qui était payé comme loyer actuellement à la rue d'Aarberg 72. Cela nous semble donc tout à fait supportable pour un projet qui est bien utilisé par les jeunes mineurs ou adultes et les enfants de la région. Le Groupe PRR vous recommande donc d'accepter cette affaire.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Sie unterstützt das Geschäft einstimmig, denn damit schlägt der Gemeinderat ganz viele Fliegen auf einen Streich:

1. Wegen des nach wie vor grossen Investitionsbedarfs bei den Schulhäusern wird die vorliegende Investition ausgelagert, was aus unserer Sicht angesichts der aktuellen städtischen Finanzsituation Sinn macht. Unter Berücksichtigung der bereits vermieteten Flächen können noch zwei weitere Geschosse vermietet werden. Die Fraktion GLP geht davon aus, dass ein privater Verwalter solch grosse Flächen effizienter vermieten kann als die Stadt.
2. Der Wunsch nach einer Bieler Kletterhalle besteht in der Sportkommission schon lange. Mit dem vorliegenden Projekt geht er endlich in Erfüllung. Auch der SAC unterstützt das Projekt und sogar die Schweizer Nationalmannschaft wird in der neuen Halle trainieren. Deshalb wird sie eine nationale Ausstrahlung in der Kletterszene haben.

3. Auch die Skaterhalle findet am Rennweg eine Zukunft. Das ist gut, denn sie ist ein wichtiges Angebot für die Jugend, weil sie den soziokulturellen Austausch fördert und zu sportlicher Tätigkeit anregt. Wegen ihres relativ grossen Raumbedarfs wäre es ohne die Lokalität Rennweg 62 nicht einfach, das Angebot aufrecht zu erhalten.
4. Das Geschäft stellt auch für das X-Project eine optimale Lösung dar. Dieses soziokulturelle Projekt hat sich über viele Jahre bewiesen und ist für die Stadt zu einem wichtigen Pfeiler ihrer Jugendaktivitäten geworden und ist in den verschiedensten Bereichen etabliert. Deshalb bin ich im Gegensatz zur JUSO überzeugt davon, dass die Stadt auch in Zukunft hinter dieser Organisation stehen und sie auf keinen Fall hängen lassen wird. Weil das X-Project seinen jetzigen Standort verlassen muss, ergibt sich mit der Lösung Rennweg eine optimale Chance für eine langfristige Planung. Wie ich aus erster Hand weiss, ist die Leitung des X-Projects sehr zufrieden mit dem vorliegenden Projekt und freut sich auf die neuen Räumlichkeiten, die ihren Wünschen entsprechen. Die komplexen Bedürfnisse des X-Projects wären andernorts nur sehr schwer abdeckbar.

Der Rennweg 62 ist für ganz viele Jugendliche aus Kultur und Sport und letztendlich für die ganze Stadt ein grosser Glücksfall. Auch ich teile die Befürchtungen nicht, wonach die eingemieteten Projekte gefährdet sind, wenn die langjährigen Mietverträge auslaufen. Die Avara AG ist spezialisiert auf genau solche Umnutzungen. Davon wird auch ihre Tochterfirma, die Aviteq Seeland AG, profitieren. Weil die Räumlichkeiten auf die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Nutzenden abgestimmt sind, wird es schwierig bis unmöglich, sie anderen Nutzenden zu besseren Bedingungen zu vermieten. Auch deshalb: Daumen hoch und "go for it"!

**Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP:** Auch die Fraktion FDP hat das vorliegende Geschäft breit diskutiert. Ich kann vorwegnehmen, dass sie ihm sehr positiv gegenübersteht und empfiehlt, es anzunehmen. Wir sehen die Sachlage nicht ganz so eng wie die Fraktion SP/JUSO. Im Gegenteil, wir finden das Projekt gut aufgegleist, denn alle Beteiligten gewinnen. Auf der einen Seite bleibt die Parzelle der Liegenschaft an der Aarbergstrasse, im Bereich des Masterplangebiets, der Stadt erhalten. Auch wenn der TCS kein Interesse mehr bekundet, bleibt die Parzelle wichtig für die Stadtentwicklung. Es ist denkbar, dass dort dereinst ein Neubau im Interesse der Stadt ermöglicht wird. Auf der anderen Seite drängt sich die Liegenschaft am Rennweg 62 für die Nutzung durch das X-Project geradezu auf. Natürlich kann der dortige private Investor, wenn er sich geschickt anstellt, einen Gewinn erzielen. Das ist aber nichts Schlechtes! Die Fraktion FDP hat auch über die Möglichkeit diskutiert, dass die Stadt die Sanierung der Liegenschaft Rennweg 62 selber an die Hand nimmt um so Mieteinnahmen generieren zu können. Auf längere Sicht wäre das eine Option. Ich schliesse mich aber meinem Vorredner an: Die Investitionen würden heute anfallen. Angesichts deren enormen Umfangs wäre das keine gute Lösung. Deshalb ist die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung für die Liegenschaft Rennweg vernünftig. Sie wird auf längere Frist für alle von Vorteil sein. Was den auf maximal 20 Jahre zugesicherten Mietvertrag anbelangt, finde ich es schwierig, heute darüber zu diskutieren, was in 20 Jahren sein wird. Das ist ein langer Zeitraum. Das X-Project hat aber die Garantie, dass es 20 Jahre lang am Rennweg bleiben kann. Das ist doch schon etwas! Die Fraktion FDP unterstützt diese Vorlage einstimmig.

**Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen kann dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Dass die Liegenschaft Rennweg 62 in schlechtem Zustand ist und total saniert werden muss, ist nichts Neues.

Nicht ganz klar ist der Fraktion SVP/Die Eidgenossen aber, weshalb der Gemeinderat das Sanierungsprojekt zuerst bis zur Baubewilligung vorantrieb und erst danach zum Schluss kam, dass die Liegenschaft im Baurecht veräussert werden könnte. Sicher ist es hingegen sinnvoll, wenn das X-Project direkt von der Aarbergstrasse an den neuen Standort umziehen kann.

**Francescutto Luca, UDC:** Ce rapport m'amène à me poser quelques questions. Certes, il y aura un mur d'escalade intérieur et une halle de skate, ce que je trouve très bien. Toutefois, le X-Project actuel comporte une discothèque, qui dérange peu étant donné qu'il n'y a pas beaucoup d'habitations aux alentours. Par contre, le chemin de la Course est un quartier résidentiel et il est mentionné dans le projet, que des locaux seront loués à des tiers pour des affectations compatibles. Je peux envisager que ces locaux soient loués à un groupe de jeunes qui souhaite faire de la musique ou un groupe d'art ou de peinture. Par contre, l'ouverture d'une discothèque qui amènerait 300 à 400 personnes tous les vendredis et samedis soir va compromettre, à mon avis, le calme de ce quartier résidentiel. Quelle activité sera autorisée dans le futur dans ce nouveau concept?

**Loderer Benedikt, Fraktion Grüne:** Eigentlich sind sich alle einig. Ich möchte vom Gemeinderat aber noch wissen, was er mit dem Gebäude an der Aarbergstrasse zu tun gedenkt. Es ist eines der seltenen "Filetstücke" dieser Stadt und erst noch in städtischem Besitz. Also wäre es nur vernünftig, wenn sich der Gemeinderat darüber Gedanken machen würde.

**Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR:** Il va sans dire que le Groupe PSR soutient ce projet. Depuis 20 ans, le X-Project a bien démontré sa nécessité pour la jeunesse biennoise et celle de la région. En ce qui concerne cette affaire, notre groupe tient uniquement à soulever le fait qu'il n'est pas d'emblée favorable à la vente d'un immeuble de la Ville, ceci bien qu'il comprend que le financement pour la rénovation soit onéreux. Il semblait qu'il y avait aussi des investisseurs privés, qui pouvaient prendre part au financement de l'éventuelle rénovation, afin d'éviter cette vente complète. Pour le Groupe PSR il est évident que le terrain reste en droit de superficie, mais par contre la vente du bâtiment est regrettable.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Je tiens à remercier les intervenant(e)s pour le débat qui a été mené concernant ce projet très important pour la Ville. Il s'agit d'un projet rond, abouti qui est une réelle chance pour tous les partenaires impliqués. Les négociations ont été longues et beaucoup d'énergie a été investie pour la réalisation de ce projet. Grâce à cela, je peux dire aujourd'hui, que c'est un très beau projet. D'une part, pour les milieux du sport et de la jeunesse, artistiques, culturels et sociaux mais aussi pour l'Administration municipale et les associations, qui en profiteront. Il s'agit d'un projet "Win-Win" pour tous.

Concernant le futur du X-Project, vous l'avez lu dans les contrats qui ont été joints au présent rapport, deux options de renouvellement sur cinq ans donnent une garantie au X-Project de continuer à louer ces locaux au bout de 10 ans et donc pour 20 ans, ce qui est assez exceptionnel. Le Conseil municipal souhaite bien évidemment une très longue vie au X-Project au chemin de la Course, après presque 20 ans passé à la rue d'Aarberg. Je suis convaincue, qu'avec les personnes en place, de nouvelles synergies naîtront également avec le Théâtre du Rennweg, qui se situe juste à côté.

Plusieurs personnes ont dit que les investissements pouvaient aussi être réalisés par la Ville et qu'il n'est pas judicieux de procéder à la vente de ce bâtiment. La Ville a récupéré ce bâtiment en 2015 d'ESB et le Conseil municipal estime qu'il faut rester raisonnable. En effet, des investissements prioritaires sont à faire et devront encore être traités dans le cadre du plan d'investissement. Par exemple : l'École Dufour, les halles de sport, des rénovations de bâtiments administratifs comme, le Palais des Congrès, le bâtiment du Contrôle et j'en passe. Des montants qui feraient tourner la tête et qui feraient surtout passer ce projet de rénovation au chemin de la Course en priorité 4, sachant que la Ville devra déboursier environ 600 mio. fr. pour les 20 prochaines années.

Monsieur Meyer, dans votre calcul relatif à l'augmentation de la location, vous oubliez que l'investisseur n'augmente pas les loyers à bien plaisir, mais qu'il le fait lorsqu'il réalise des investissements. Dans le cas où les investissements seraient réalisés automatiquement, il est clair que des amortissements seraient aussi faits. Là où des partenariats public-privé (PPP) font du sens, il faut aussi pouvoir les accepter. La Ville garde la main sur le terrain, ce qui est important. Il est vrai, qu'à l'heure actuelle, la Ville n'a pas besoin de ce terrain, mais dans 60 ans et vu sa situation les générations futures en auront clairement besoin et devront pouvoir en disposer.

Un mot pour les sportifs, spécifiquement pour les grimpeurs, qui trouvent ici une chance unique de disposer de locaux pour leur activité. Monsieur Wiher l'a aussi dit, ces activités doivent être développées et nous devons les soutenir. Elles intéressent également l'Office fédéral du sport (OFSO) et nous espérons que la Ville pourra gagner en attractivité grâce à ces synergies. La réalisation de la halle d'escalade permet également de résoudre la question de la halle de skate. En effet, dans le bâtiment actuel une telle construction n'aurait pas pu être réalisée à un prix raisonnable. Là encore ce projet permet de faire une synergie et c'est finalement extrêmement enthousiasmant.

Le terrain à la rue d'Aarberg, vous l'avez dit Monsieur Loderer, est un morceau de choix et je vous l'accorde. Ce terrain constitue un objet très attrayant pour des investisseurs potentiels vu la proximité du Campus. La Ville a déjà été contactée et une utilisation optimale est prévue.

Monsieur Francescutto, je ne peux malheureusement, pour le moment pas en dire plus concernant la discothèque. Actuellement, il n'y a pas de discothèque au chemin de la Course. La rénovation de ce bâtiment permettra de mettre des locaux de musique à disposition, de telle sorte que ces activités ne dérangent pas le voisinage. Il y aura de temps à autres des activités et des soirées ponctuelles mais là encore, elles seront gérées et annoncées. Une remarque tout de même personnelle pour ceux qui ne le savent pas. Je regrette beaucoup la démolition, respectivement la réaffectation de l'immeuble sis à la rue d'Aarberg car pour moi, c'est le plus beau bâtiment de la Ville de Bienne. J'y ai rencontré mon mari en 2003, dans la fameuse discothèque! La vie continue, la Ville de Bienne se développe et il en est ainsi. Je tiens encore à remercier toutes les personnes qui ont oeuvré à ce long projet et vous remercie aussi d'accorder votre soutien au Conseil municipal.



## Abstimmung

- I. Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 25. April 2018 betreffend Liegenschaft Rennweg 62 in 2504 Biel / Einräumung Baurecht an Biel GBBL Nr. 7738 mit Verkauf der Gebäude an Abiteq Seeland AG, Nidau / Verpflichtungskredit für die 10-jährige Miete von Flächen für die Abteilung Informatik und Logistik und den Verein X-Project gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) mit 48 Ja-zu 0 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen, vorbehältlich des fakultativen Referendums:
  1. Unter Vorbehalt der Zustimmung zu Ziff. II nachfolgend verkauft die Einwohnergemeinde Biel das Gebäude (inkl. 2 Nebenbauten) auf der Liegenschaft Gbbl Biel Nr. 7738 am Rennweg 62 zum Verkaufspreis von CHF 2'500'000.- (inkl. baubewilligtes Projekt) an die Abiteq Seeland AG, Nidau,  
  
und  
  
überlässt dieser die Liegenschaft Gbbl Biel Nr. 7738 am Rennweg 62 im Baurecht (Baurecht Nr. 11253) wie folgt:  
  
Das Baurecht wird auf eine feste Dauer von 60 Jahren eingeräumt;  
  
Der verzinsbare Landwert wird auf CHF 1'223'500 (CHF 250.00 pro m2) festgelegt (gegenwärtiger Zinssatz 2.75%).
  2. Der Buchgewinn von CHF 2'567'186.50 wird dem Konto Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens gutgeschrieben.  
  
Für die mit der Abiteq Seeland AG, Nidau abzuschliessenden zwei Mietverträge mit einer festen Dauer von je 10 Jahren wird ein Verpflichtungskredit Nr. 22000.191 von CHF 4'809'000.00 bewilligt.  
  
Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.
- II. Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 25. April 2018 betreffend Liegenschaft Rennweg 62 in 2504 Biel / Einräumung Baurecht an Biel GBBL Nr. 7738 mit Verkauf der Gebäude an Abiteq Seeland AG, Nidau / Verpflichtungskredit für die 10-jährige Miete von Flächen für die Abteilung Informatik und Logistik und den Verein X-Project gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) mit 50 Ja-zu 0 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen, vorbehältlich des fakultativen Referendums:
- III. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

**103. 20170023 Sportplatz Mettmoos / Ersatz Garderobe / Verpflichtungskredit**

**Scherrer Martin, GPK:** Der Ersatz der Garderoben auf dem Sportplatz Mettmoos ist ein seit Jahren pendent Geschäft. Ursprünglich sollten der Garderobenersatz und der Umzug der Inline-Hockey-Clubs (SHC Seelanders und Bienna Skater 90) ins Bözingenfeld im selben Geschäft abgewickelt werden. Nun wird dem Stadtrat der Garderobenersatz Mettmoos als eigenständiges Geschäft unterbreitet, was die GPK begrüsst. Der Bedarf für neue Garderoben im Mettmoos ist seit Jahren ausgewiesen und dürfte weitgehend unbestritten sein. Trotzdem klärte die GPK noch einiges ab. Darauf gehe ich später noch ein. Zudem ist der letzte Abschnitt des Kapitels 3.2 «Trainings» missverständlich formuliert. Er suggeriert, dass sowohl die SHC Seelanders als auch der Rugby-Club und die Bienna Jets (American Football) umziehen. Das ist nicht der Fall. Nur die Inline-Hockey-Clubs ziehen ins Bözingenfeld, der Rugby Club und die Bienna Jets bleiben im Mettmoos. Somit macht der Ersatz der Garderobe Sinn.

Ursprünglich wurde das Projekt mit CHF 2,5 Mio. veranschlagt, heute soll es noch CHF 1,8 Mio. kosten. Die GPK klärte ab, was sich verändert hat: Im neuen Projekt wird auf Heizung und Wärmedämmung verzichtet und eine reduzierte Warmwasseraufbereitung eingebaut. Im Gegenzug wurden zusätzliche Investitionen in eine Photovoltaikanlage und neu eine öffentliche Toilette in das Projekt aufgenommen. Gerade die öffentliche Toilette wird von der GPK sehr begrüsst. Der GPK ist zudem aufgefallen, dass die bestehenden Garderoben abgerissen werden, bevor die neuen zur Verfügung stehen. Das ist jedoch unproblematisch, weil die heutigen Garderoben aufgrund ihres schlechten Zustands von den Sportvereinen gar nicht mehr genutzt werden. Das sagt eigentlich schon alles... Zudem trainieren die Vereine im Winter nicht im Mettmoos, sondern in Hallen oder sehen alternative Trainingsmöglichkeiten vor. Der Umbau beginnt im kommenden Herbst, was Sinn macht. Die GPK hat dennoch eine kleine Beanstandung: sie findet es nicht richtig, dass der Rückbau der Inline-Hockey-Anlage in den vorliegenden Kredit mit eingerechnet wurde. Dieser Rückbau hat keinen Zusammenhang mit dem Bau der Garderoben, sondern nur mit dem Umzug der SHC Seelanders ins Bözingenfeld. Der Kredit sollte abgerechnet werden können, sobald die Garderoben fertiggestellt sind. Sollte dazumal aber der Umzug des SHC Seelanders noch nicht möglich und der Rückbau der Inline-Hockey-Anlage noch nicht vollendet sein, kann auch der Kredit nicht abgerechnet werden. Leider sind bereits heute sehr viele Abrechnungen ausstehend. Die GPK erinnert den Gemeinderat an seine eigene Weisung, wonach innert zwei Jahren eine Zwischenabrechnung fällig wird, sollte der Abbruch der Inline-Hockey-Anlage nicht rechtzeitig erfolgt sein. Das gilt auch, wenn die Garderoben bereits realisiert sind. Zudem verlangt die GPK vom Gemeinderat einen Bericht über den Stand des Umzugs der Inline-Hockey-Clubs ins Bözingenfeld, auch wenn dieses Thema keinen direkten Zusammenhang zum vorliegenden Projekt hat. Die GPK empfiehlt Zustimmung zum vorliegenden Geschäft.

**Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR:** Le Groupe PSR a pris connaissance avec intérêt du projet de construction des vestiaires des Marais de Mâche et remercie le Conseil municipal pour les précisions données et les analyses effectuées. Les projets d'amélioration des installations sportives des Marais de Mâche datent depuis un certain temps déjà. En 2008, la vétusté et quasi l'insalubrité des lieux ont largement justifiés une réflexion globale ainsi qu'une planification de ce site. Le projet retenu à l'époque, devisé à 2.5 mio. fr. s'est avéré trop coûteux par rapport aux prévisions initiales. Dix

ans plus tard, la situation ne s'est pas améliorée et il suffit de se rendre sur place pour le constater. Malgré une situation idyllique en bordure de forêt, c'est une image catastrophique de Bienne qui est donnée aux nombreuses personnes venant de l'extérieur en tant que spectatrices et spectateurs des manifestations sportives se déroulant sur ce site. Que ce soit le inline hockey, le football américain, le rugby ou tout autre manifestation telle que la Marche de l'espoir de Terre des Hommes, l'accueil d'équipes ou de responsables d'activités, n'est pas digne d'une Ville qui souhaite promouvoir et soutenir le sport. Il est de notre devoir au vu des nombreux sportifs actifs et surtout des sections juniors qui se développent, d'offrir des conditions décentes pour les entraînements et pour les compétitions sportives. Cet investissement pour la jeunesse en vaut largement la peine et fait partie également des mesures de prévention, en favorisant la pratique d'une activité saine pour les plus jeunes de notre société. L'occupation des vestiaires à l'école du Battenberg, sans parler de ceux mis à disposition à l'École de la Poste, situés à plus de 200 m des installations sportives, ne peut représenter qu'une situation transitoire et provisoire. Il n'y a donc pas nécessité de procéder au renouvellement des vestiaires des Marais de Mâche, il y a tout simplement urgence!

Le projet proposé doit être réalisé dans les plus bref délai. De plus, la solution retenue offrant l'accès aux différents locaux directement depuis l'extérieur est idéale et permet de répondre aux besoins spécifiques et ponctuels de chaque club sportif. L'analyse des besoins a également été prise en compte, notamment au niveau de la consommation d'eau chaude, ce qui est remarquable. Les aménagements évoqués devraient garantir un certain confort d'utilisation, tout en respectant les normes écologiques en matière de production d'électricité. La mise à disposition de toilettes publiques et de poubelles, espérons-le, représentent enfin un complément nécessaire et quasi obligatoire.

Il reste, toutefois, quelques constatations à évoquer ou questions de fonds à élucider. Le remplacement de ces vestiaires ne doit pas mettre en péril ni retarder le projet de halle pour le inline hockey aux Champs-de-Boujean. Le Conseil municipal peut-il le garantir? Ces nouveaux vestiaires, non-chauffés, car utilisés uniquement durant la belle saison, seront-ils suffisamment entretenus et surveillés en hiver? Pour quelle raison les raccordements TV et téléphones ne sont-ils pas prévus? C'est une économie de bout de chandelle me semble-t'il. Pour quelle raison n'y a-t'il pas de buvette ou du moins un endroit où entreposer le matériel permettant ponctuellement la tenue d'un stand-buvette? Vu l'urgence et la nécessité d'offrir un endroit propice à la pratique régulière du sport, le Groupe PSR recommande au Conseil de ville d'accepter ce crédit d'engagement et le projet de remplacement des vestiaires des Marais de Mâche.

**Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO:** Im Mettmoos modert es - unter- und leider auch oberirdisch, das heisst in den Garderoben. Vermutlich wurde bereits eine neue Sportart entwickelt, nämlich "Wer hält es am längsten in den Garderoben aus?". Für die Fraktion SP/JUSO sind die heutigen Zustände nicht mehr haltbar. Auch Randsportarten haben ihre Berechtigung, es gibt nicht nur Fussball und Eishockey. Das geplante Garderobengebäude ist kein Luxusobjekt. Es bietet weder eine Heizung noch ist es richtig isoliert. Damit es in Zukunft wenigstens nur noch unterirdisch modert, stimmt die Fraktion SP/JUSO dem vorliegenden Geschäft zu.

**Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP:** Ich knüpfe an das Votum meiner Vorrednerin an. Es geht um ein Garderobengebäude ohne Fenster, Heizung oder Isolation, also

wahrlich kein Luxusbau. Gebaut wird nur das Notwendigste, damit die Vereine endlich eine Garderobe und Duschen erhalten, die diesen Namen verdienen. Nur so können sie ihre Sportart richtig ausüben. Trotzdem soll das neue Garderobengebäude CHF 1,8 Mio. kosten, was die Fraktion EVP/BDP kritisiert. Sie befürwortet zwar den Garderobenneubau, mit den veranschlagten Kosten beisst sie aber in einen sauren Apfel. Zum gefühlt hundertsten Mal mahnen wir an, dass in Biel günstiger gebaut werden könnte. Keine Fenster, keine Heizung, keine Isolation... - wofür werden die erwähnten CHF 1,8 Mio. denn aufgewendet? Für etwas Schalung und Beton? Ich fragte die Baudirektorin, ob die Kosten nicht noch etwas optimiert werden könnten. Wie wäre es beispielsweise, wenn auf die automatische öffentliche Toilette verzichtet würde? Diese Investition kostet allein CHF 120'000. Dieses Geld könnte eingespart werden. Offenbar muss nämlich die automatische öffentliche Toilette täglich gereinigt und unterhalten werden, was zudem pro Jahr ca. CHF 7'000 an wiederkehrenden Kosten auslöst. Im Garderobengebäude hat es aber weitere Duschen und Toiletten, die ebenfalls täglich gereinigt werden müssen. Würde der Abwart im gleichen Aufwisch auch noch die öffentliche Toilette reinigen, wäre der Aufwand sicher viel kleiner.

Zur Ökologie: Mangels Alternativen erfolgt die Warmwasseraufbereitung mittels Gaserhitzer. Um den kantonalen Vorschriften trotzdem gerecht zu werden, müssen 20% Biogas verwendet und auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installiert werden. Gemäss Solarkataster ist der Standort im Mettmoos jedoch bloss gering bis mittel geeignet für eine Photovoltaikanlage. Deshalb handelt es sich bei der Photovoltaikanlage von mir aus gesehen um "Pflasterlipolitik": Die Stadt zahlt einen hohen Betrag für eine Photovoltaikanlage, die herzlich wenig bringt. Deshalb regte ich an, 100% Biogas zu verwenden statt nur 20%. Wie der Homepage des Energie Service Biel entnommen werden kann, ist Biogas erneuerbar. Gemäss kantonaler Energieverordnung (BSG 741.111) gilt Biogas aber leider nicht als erneuerbar... Ich finde, die Stadt sollte beim Kanton intervenieren und festhalten, dass das nicht in Ordnung ist!

Zu guter Letzt habe ich festgestellt, dass die im Raumprogramm aufgeführte Invalidentoilette auf dem noch keinen Monat alten Grundrissplan nicht eingezeichnet ist. Mir wurde gesagt, es handle sich noch nicht um die Ausführungspläne, die Toilette werde noch vorgesehen. Trotzdem soll die Baubewilligung bereits im Sommer 2018 beantragt werden. Ist das realistisch und stimmt es, dass die Invalidentoilette zu Lasten eines anderen Raums noch eingeplant wird? Oder wurde sie gar einfach übersehen, weil das Dossier unsorgfältig vorbereitet wurde? Trotz der hohen Kosten stimmt die Fraktion EVP/BDP dem vorliegenden Geschäft zu, weil die Vereine endlich eine vernünftige Garderobenlösung brauchen.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Ich schliesse mich meinen VorrednerInnen an. Auch die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und unterstützt das Geschäft einstimmig. Der Zustand der Garderoben auf dem Sportplatz Mettmoos ist eine Schande und beschäftigt die Sportkommission schon lange. Es ist allerhöchste Zeit, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Das überrissene Vorgängerprojekt des Gemeinderats war mit CHF 5 Mio. veranschlagt, scheiterte kläglich und kostete viel Zeit. Umso dringender ist es jetzt, diesen unzumutbaren Zustand endlich zu beheben. Ein kleiner Wermutstropfen bleibt: Die Kosten von CHF 1,8 Mio. für diesen einfachen und zweckmässigen Bau scheinen auch uns sehr hoch. Ich glaube kaum, dass eine private Bauherrschaft diese Kosten akzeptieren würde. Schliesslich bekommt man zu

diesem Preis ein sehr schönes Einfamilienhaus mit allem Schnickschnack... Seit ich im Stadtrat bin, also seit fast 10 Jahren, scheinen mir die Kosten der Baugeschäfte überrissen. Mit Blick auf den kürzlich aufgedeckten Skandal im Kanton Graubünden würde es mich nicht wundern, wenn es in Biel ähnlich zu und her ginge. Deshalb bin ich sehr gespannt auf die Beantwortung des Postulats 20180166 «Kontrolle über Absprachen bei städtischen Bauprojekten» von Alfred Steinmann, die ein eventuelles Kartell aufdecken soll. Trotz der erwähnten Bedenken unterstützt die Fraktion GLP das vorliegende Projekt voll und ganz, weil der Garderobenersatz dringend nötig ist. Sie freut sich mit den Sporttreibenden auf die neuen Garderoben und mag ihnen diese von Herzen gönnen.

**Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Le Groupe UDC/Les Confédérés remercie le Conseil municipal pour le rapport transmis concernant les installations sportives des Marais de Mâche. Enfin! Lors de la présentation du projet aux membres du Conseil de ville le 22 mai 2018, il a été clairement exposé les conditions-cadres et les enjeux de ce dernier. Je tiens vraiment à remercier tous les acteurs pour la qualité du projet présenté ainsi que pour les explications claires aux questions qui ont été posées. Quelques points que le Groupe UDC/Les Confédérés tient encore à relever, comme le fait qu'il est enfin temps qu'une solution viable soit proposée aux différents clubs actifs aux Marais de Mâche, qui sont depuis longtemps en attente d'une solution digne d'une équipe sportive. Il ne s'agit pas de club de football ou de hockey sur glace, mais des clubs sportifs dont les disciplines quelques peu moins médiatisés restant tout de même importante pour les jeunes dans la région. Le club des Seelanders Skater Hockey a toutefois été sacré 12 fois champion Suisse et même champion d'Europe, depuis sa fondation en 1985. C'est peut-être un "Randsportart", mais il reste quand même important pour notre Ville.

La présentation de ce projet a persuadé notre groupe que la solution proposée est idéale, à moyen terme, pour les clubs utilisateurs de ces vestiaires, principalement le club de football américain Biennajet, dont les membres sont présents à la Tribune, mais aussi pour le Rugby club de Bienne, car les joueurs du club utilisent le terrain uniquement durant la période estivale. Par contre, la conception des vestiaires ne serait pas idéale pour le club des Seelanders, qui joue pratiquement toute l'année. En effet, des vestiaires et des douches non-chauffées seraient ainsi quelque peu difficile à faire accepter. Au vu de la situation future projetée pour les deux clubs de skater hockey de la Ville de Bienne et dans l'optique qu'elle se fasse à court terme, notre groupe est convaincu que ce projet mérite vraiment d'être soutenu. Nous relevons, toutefois, que ce rapport comporte plusieurs objets, respectivement plusieurs parties de projet qui sont interdépendantes. La rénovation des vestiaires des Marais de Mâche, si l'on ose parler encore aujourd'hui de vestiaires, est certainement la partie principale. Cela a été dit et relevé au niveau des coûts. Par contre, le démontage et les travaux de réaménagement extérieurs du skater hockey gonflent de manière indirecte le crédit d'engagement pour les vestiaires. Ceci est à réfléchir. Le fait qu'une nouvelle halle d'inline skater est projetée, à court voir à moyen terme dans les Champs-de-Boujean, est certainement positif. Par contre, la réalisation de cette halle n'étant pas définie dans le temps, il se trouve que le terrain est marécageux. Ainsi, les frais de remise en état des terrains et des environs devraient être imputés au projet de la nouvelle halle, de manière à pouvoir clôturer le crédit de construction des vestiaires, sinon il risque de rester ouvert ad eternum. Ce projet permettra part la conception et le placement des vestiaires d'améliorer notablement la problématique entre les utilisateurs des terrains

de sport et surtout les riverains. Les vestiaires aux Marais de Mâche sont attendus depuis en tout cas 10 ans. Alors, il est enfin temps d'offrir aux clubs, mais aussi à tous les jeunes sportifs qui sont membres de ces clubs, des conditions respectables pour la pratique de leur sport. N'oublions pas que le sport est un facteur important dans le développement des jeunes, mais aussi la base d'une intégration sociale. Le Groupe UDC/Les Confédérés ne peut que soutenir ce crédit d'engagement.

**Suter Daniel, au nom du Groupe PRR:** Tout arrive à temps à qui sait attendre! Mais alors, quelle errance pour un projet présenté au Conseil de ville pour la première fois en juin 2010, avec un crédit d'étude de 340'000 fr. Déjà à l'époque, la rénovation de ces vestiaires avait été demandée dans l'urgence, vu la vétusté des installations sportives des Marais de Mâche. Le Conseil de ville approuvait ce crédit dans un élan de confiance témoigné à l'égard du Conseil municipal alors qu'à ce moment-là, les exagérations à tous égards que comportait ce projet avaient déjà été pointées du doigt. Finalement, les réserves exprimées, à l'époque, ont quand même été entendues, puisque le Conseil municipal a définitivement enterré ce projet en juillet 2017, avec une perte sèche de 475'000 fr. à la clé. La leçon à tirer de cet épisode est la suivante: "Osez refuser des crédits qui vous semblent douteux, même si le Conseil municipal les déclare comme urgents". En l'occurrence, le Conseil de ville s'est rendu co-responsable de la perte de près d'un demi-million de francs. Il est donc compréhensible, que le rapport qui est soumis aujourd'hui au Conseil de ville passe cette perte sous silence.

En avril 2017, suite à des articles de presse concernant les vestiaires en question dont l'état de vétusté ne s'était pas amélioré, le Groupe PRR avait déposé un postulat interpartis demandant l'élaboration d'un projet, dans un cadre financier limité. Ce postulat a été adopté par le Conseil en octobre 2017, contre l'avis du Conseil municipal. Ce dernier le refusait sous prétexte qu'il étudiait un projet de halle de inline hockey, avec un terrain extérieur aux Champs-de-Boujean. Ce fait ne changeait évidemment rien à l'urgence de rénover les vestiaires des Marais de Mâche, où une place de sport subsistait avec ou sans le inline hockey. Le projet présenté aujourd'hui inclut le inline hockey et le club Bienne Seelanders peut continuer à pratiquer son sport sur son terrain habituel.

Il s'agit, maintenant, de parler de la rénovation d'un site existant depuis toujours ou presque, qui se situe dans une zone d'utilité publique destinée au sport depuis des décennies. Ce projet comporte un programme de locaux permettant d'accueillir les clubs concernés pour les entraînements et les matchs. Ce projet est fonctionnel et il se limite à ce qui est nécessaire. C'est un projet de qualité, qui est fait pour durer et il ne manque pas d'élégance. La situation des clubs qui utilisent le site se voit spectaculairement améliorée et un nouveau pôle d'attraction est créé à Mâche, pour toute la population. L'investissement de 1,82 mio. fr., moins 160'000 fr. de contributions du Fonds du sport, soit 1,66 mio. fr. au total, reste dans un cadre raisonnable. Le premier projet, plusieurs fois remanié et revu à la baisse, coûtait toujours 2,5 mio. fr. Le Conseil municipal a bien fait de tout reprendre à zéro pour en arriver à une solution de plus de 700'000 fr. meilleure marché. Il faut saluer particulièrement la solution créative au plan énergétique, qui permet de respecter les conditions sévères imposées par la législation cantonale sur l'énergie, dans des conditions plutôt particulières, notamment concernant le besoin en eau chaude. Y aurait-il sous cet aspect encore un potentiel d'économies de 100'000 fr? Peut-être, mais ce n'est pas pour cette raison,

que le Groupe PRR souhaiterait faire capoter ou même retarder le projet. Il faut aller de l'avant. La morale de cette longue histoire est: Il valait mieux, dès le début, s'orienter aux besoins concrets et élémentaires des utilisateurs du site et chercher la solution la plus simple possible pour les satisfaire. Ceci, comme le ferait un contribuable, pour lequel chaque franc compte, au lieu de se perdre en concours d'idées et en études et se mettre à rêver de monuments architecturaux et autres perfections, comme le veut, semble-t-il, une certaine mentalité qui règne en ville de Bienna! Cela étant, le Groupe PRR approuve le crédit d'engagement qui est proposé et invite l'ensemble du Conseil de ville à en faire de même. Si le projet est approuvé, **il faudra ajouter un nouveau point 4 au projet d'arrêté, qui mentionne que le postulat interpartis urgent 20170125 est radié du rôle.**

**Scheuss Urs, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne dankt für die Unterlagen und stimmt dem Geschäft zu. Dass es die neue Garderobe braucht, ist schon lange klar und unbestritten, wie bereits mehrmals erwähnt wurde. Die Bienna Jets und der Rugby-Club warten schon lange darauf. Es geht aber nicht nur um diese beiden Clubs. Das neue Garderobengebäude ist dank der neuen öffentlichen Toilette auch ein Plus für das Naherholungsgebiet, was nicht zu unterschätzen und wichtig für die Bevölkerung ist. Ein weiterer Pluspunkt dieses Projekts ist die Investition in die Vielfalt des Breitensports. Mit der Tissot Arena wurde ein klarer Schwerpunkt auf Eishockey und Fussball gelegt. Es gibt aber auch andere Sportarten, eben beispielsweise American Football oder Rugby. Die Fraktion Grüne möchte noch wissen, inwiefern die Anlage auch von Dritten genutzt werden kann. Dazu bleibt der Bericht ziemlich vage. Schliesslich würdigt die Fraktion Grüne die Bemühungen, eine Lösung für eine 100% erneuerbare Energieversorgung zu finden. Dass das Duschwasser nun mit Gas erhitzt werden soll, ist wenig erfreulich, auch wenn zu 20% Biogas verwendet werden soll. Wie bereits gesagt wurde, wird Biogas noch nicht als erneuerbare Energie anerkannt. Trotzdem ist Gas vielleicht nicht die schlechteste Möglichkeit, denn damit besteht langfristig die Möglichkeit, auf die CO<sub>2</sub>-neutrale Power-to-Gas Technologie umzusteigen, natürlich unter Verwendung von Strom aus erneuerbarer Energie und nicht aus Atomkraftwerken. Damit macht die Photovoltaikanlage auf dem Dach erst recht Sinn und ist unverzichtbar. Die Fraktion Grüne stimmt dieser Vorlage gerne zu und dankt für die Unterstützung.

**Bohnenblust Peter, FDP:** Auch ich unterstütze diese Vorlage, habe aber noch zwei Fragen dazu. Allerdings betreffen diese nicht unbedingt den Bau und ich vermute, dass mir der Direktor Bildung, Kultur und Sport antworten wird. Ich habe gehört, dass gegen den Betrieb der Sportanlage Mettmoos Beschwerden aus der näheren Umgebung eingegangen sind. Welches ist der Stand der Beschwerdeverfahren? Könnten sich daraus Probleme für die Baubewilligung ergeben?

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich danke für die Diskussion und die breite Zustimmung. Ich möchte all jenen danken, die sich die Zeit genommen haben, die heutigen Garderoben zu besichtigen und Fragen zu stellen. Wer sich mit der Situation auseinandergesetzt hat, stimmt wohl mit dem Gemeinderat überein, dass etwas unternommen werden muss. Das ist ja auch der Tenor im Stadtrat. Zur Vergangenheit möchte ich nicht viel sagen. Wie frühere Gemeinderatsmitglieder und Baudirektoren die Planung der neuen Garderoben angingen, muss heute nicht mehr interessieren. Vielmehr muss heute die Verantwortung übernommen und etwas

getan werden. Der Gemeinderat findet das heutige Projekt verantwortbar. Wie ich bereits anlässlich der Stadtratsinformation sagte, kann im Mettmoos langfristig nicht alles Wünschbare gebaut werden. Wie Frau Strobel antönte, wäre es beispielsweise sehr schwierig, auf dem aus ehemaligem Stadtmist bestehenden Untergrund eine gedeckte Sporthalle zu bauen. Trotzdem sollen die Garderoben nun erneuert werden. Diese gehören der Stadt und sind heute in sehr schlechtem Zustand. Die Kosten für die Renovation konnten massiv reduziert werden, vor allem deshalb, weil das Raumprogramm verkleinert wurde. Zudem wurde auf eine Heizung und einen Neubau der Buvette verzichtet. Es wurden also Abstriche gemacht und nur noch das Nötige und von den Sportvereinen Mitgetragene geplant. An dieser Stelle möchte ich für die gute Zusammenarbeit mit den Sportvereinen danken. Der Austausch in den letzten Monaten und Jahren war intensiv. Nun liegt eine gute und allen dienliche Lösung vor.

Nun zu den gestellten Fragen: Die GPK und die Fraktion SVP/Die Eidgenossen machen sich Sorgen bezüglich der Abrechnung. Heute kann noch nicht abschliessend gesagt werden, wann die Inline-Hockey-Anlage rückgebaut wird. Der Rückbau kann mit ungefähr CHF 30'000 beziffert werden und die Wiederinstandstellung des Terrains wird auch nicht viel kosten. Es ist fraglich, ob für diesen geringfügigen Betrag tatsächlich ein neues Projekt hätte ausgearbeitet werden müssen. Der Gemeinderat empfiehlt es jedenfalls nicht. Vielmehr schlägt er vor, mit dem vorliegenden Projekt eine Bereinigung der Gesamtsituation im Mettmoos zu verbinden, weshalb der Rückbau der Inline-Hockey-Anlage ebenfalls über diesen Kredit läuft. Der Gemeinderat kann sich vorstellen, eine Zwischenabrechnung zu erstellen, sollte sich der Rückbau der Inline-Hockey-Anlage verzögern. Verschiedene Fragen wurden zu den Kosten gestellt. Der Gemeinderat versuchte im Bericht darzulegen, dass die Garderobe auf schwierigem Untergrund gebaut wird. CHF 80'000 entfallen nur schon auf die wegen des instabilen Untergrunds notwendige Pfählung. Auch der Sanitärblock ist relativ teuer, weil rasch und für kurze Zeit viel warmes Wasser zur Verfügung stehen muss. Das ist nicht vergleichbar mit einem Einfamilienhaus. Die öffentlich zugängliche Aussentoilette ist dem Gemeinderat wichtig. Es wurde eine selbstreinigende Toilette vorgesehen, damit sie immer nutzbar ist. Auch heute gibt es im Mettmoos eine öffentliche Toilette, diese ist aber in einem derart schlechten Zustand, dass sie nicht genutzt wird. Selbstreinigende Toiletten sind in der Erstanschaffung etwas teurer als herkömmliche, im Unterhalt aber massiv günstiger. Die Mehrkosten sind bereits nach rund zweieinhalb Jahren amortisiert. Der Gemeinderat kam deshalb zum Schluss, dass sich diese Investition auch aus wirtschaftlicher Sicht lohnt. Auch die Energieversorgung wurde von verschiedener Seite angesprochen. Es war nicht einfach, die speziellen Anforderungen an eine solche Anlage zu erfüllen. Insbesondere bei Trainingsende muss rasch und viel warmes Wasser zur Verfügung stehen. Damit scheiden gewisse Technologien von vornherein aus. Der Gemeinderat hätte sich gewünscht, die ganze Wärme- und Kälteversorgung vom Wärmeverbund Battenberg beziehen zu können. Die AEK Energie AG, der dieses Netz gehört, war dazu aber nicht bereit, da eine Zusammenarbeit für sie absolut nicht wirtschaftlich gewesen wäre. Deshalb soll die nun vorgesehene Lösung umgesetzt werden. Wie Herr Gugger finde auch ich nicht gut, dass Biogas nicht als erneuerbare Energiequelle gilt. Dies dürfte sich mit dem neuen kantonalen Energiegesetz, respektive der dazugehörigen Verordnung, ändern. Darin ist Biogas als erneuerbare Energiequelle vorgesehen. Gegen dieses Gesetz wurde aber das fakultative Referendum ergriffen und vermutlich kommt es zu einer Volksabstimmung. Je nach deren Ausgang wird eine neue, energiefreundliche Lösung möglich. Der Preis für Biogas ist momentan allerdings noch sehr hoch und der



Gemeinderat müsste ausrechnen, ob sich eine entsprechende Investition aufgrund der hohen Folgekosten lohnen würde. Ich danke Herrn Suter dafür, dass er an dieser Stelle das dringliche überparteiliche Postulat 20170125 «Garderoben für die Sportanlagen im Mettmoos» eingebracht hat und dieses abschreiben lassen möchte. Der Gemeinderat hätte diese Abschreibung mit den ordentlichen Fristverlängerungen und Abschreibungen vorgesehen. Es ist aber gut, wenn das Postulat heute abgeschrieben werden kann, denn es gehört klar zum vorliegenden Geschäft. Der Gemeinderat ist damit selbstverständlich einverstanden. Mit dem vorliegenden Projekt kann im Mettmoos eine neue Situation geschaffen werden. Ich danke für die Unterstützung. Zum sportlichen Teil möchte sich Herr Némitz noch äussern.

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Je souhaite ajouter quelques remarques concernant notamment des questions posées par la Commission de gestion et plus particulièrement à propos du deuxième projet, qui intéresse beaucoup le Conseil de ville. Je souhaiterais tout d'abord dire, que le Conseil municipal a déjà décidé des deux projets. Un mandat du Conseil municipal consiste à la réalisation des vestiaires dont le Conseil de ville débat ce soir et une décision du Conseil municipal, qui demande à la Direction de la formation, de la culture et du sport (FCS) de préparer un projet pour une construction de halle, qui sera notamment destinée à l'inline hockey aux Champs-de-Boujean. Le département est au stade de la planification financière fine et dans le détail de ce projet. C'est un projet ambitieux qui prend une forme motivante. La Direction FCS travaille sur un projet qui permettra à la fois de remplir les enjeux de l'inline hockey, mais aussi de soulager les besoins des écoles en halles de sport, vu l'augmentation importante du nombre d'élèves. Les études menées ces dernières semaines prouvent que la Ville a une opportunité de faire un investissement, qui vaut la peine pour toutes les installations sportives. Le timing est très important et le Conseil municipal est très ambitieux, puisqu'il prévoit de présenter ce projet au Conseil de ville dans le courant de l'automne de cette année, afin d'avoir une décision rapide pour un début des travaux déjà en 2019, puis l'entrée en fonction en 2020. C'est le plan projeté, qui sauf imprévu, devrait permettre d'avoir ce projet en place sur pied et même financé. En effet, pour ceux et celles qui se font du souci sur ce financement, le Conseil municipal élabore une solution financière, qui paraît très raisonnable. Il est clair, que d'un point de vue sportif, il est impossible de maintenir l'inline hockey ou des autres sports dans l'espace des Marais de Mâche. Ce lieu n'est pas adapté pour des activités sportives intensives, telles qu'elles se font aujourd'hui.

J'en arrive à la question de Monsieur Bohnenblust relative au voisinage, qui s'est effectivement manifesté. J'ai beaucoup de compréhension pour les voisins qui souffrent de nuisances sonores et/ou de stationnements illicites lors des grandes manifestations sportives qui se déroulent à cet endroit. Cette situation est problématique et elle s'est développée dans le cours de l'histoire. En effet, il faut rappeler que le terrain de inline hockey se trouvait à cet endroit avant que les maisons soient construites. Une démarche juridique a été entreprise par les voisins auprès de la Préfecture. La Direction FCS a choisi la voie du dialogue, sur demande du Conseil municipal, afin de trouver des solutions. J'ai personnellement rencontrés ces voisins plusieurs fois et une longue série de mesures immédiates leur a été présentées, afin d'améliorer la situation. Je ne vais pas les détailler ce soir, mais un stationnement du côté des jardins, qui permet d'éviter le parcage dans le quartier, a été proposé. Des mesures sur le bruit ont été mise en place et il semble que la situation s'est déjà améliorée. Les solutions à venir ont aussi été présentées aux voisins comme, un déménagement rapide de l'inline

hockey, qui permettra de soulager les nuisances sonores. Ce dialogue continue afin de trouver une solution le plus vite possible. Un mot sur le vestiaire pour en revenir au sujet d'aujourd'hui: les sportifs se changent et s'habillent à côté des voitures ou dans la rue et ce n'est évidemment pas idéal. Il est donc clair, que le crédit voté va permettre d'améliorer la situation pour les sportifs, mais aussi pour le voisinage.

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich habe vorhin vergessen, noch etwas zur Frage von Herrn Bohnenblust zu sagen. So, wie das Garderobengebäude vorgesehen ist, dient es auch als Abgrenzung zum Wohnquartier. In Richtung Wohnquartier ist es geschlossen, die Ein- und Ausgänge befinden sich auf der anderen Seite. Damit wird sich die Situation hinsichtlich Schallschutz für die Wohnbevölkerung massiv verbessern.

**Waechter Olivier, UDC:** Je voulais juste relever que cela m'a fait plaisir d'entendre un représentant de la gauche dire que l'on manque de places de stationnement à Bienne!

### **Abstimmung**

- über den Antrag von Herrn Suter, das dringliche überparteiliche Postulat 20170125 «Garderoben für die Sportanlagen im Mettmoos» zusammen mit dem Beschluss zum vorliegenden Bericht abzuschreiben

**Der Antrag wird angenommen.**

### **Schlussabstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 25. April 2018 betreffend Sportplatz Mettmoos / Ersatz Garderobe / Verpflichtungskredit, gestützt auf Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt «Sportplatz Mettmoos Ersatz Garderobe», wird genehmigt. Es wird dafür ein Verpflichtungskredit von CHF 1'820'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.
4. Das dringliche überparteiliche Postulat 20170125, Daniel Suter, PRR, Christian Löffel, EVP, Cécile Wendling, FDP «Garderoben für die Sportanlagen im Mettmoos» wird als erfüllt abgeschrieben.

**104. 20180058 Stiftung Schwanenkolonie / Leistungsvertrag 2018 – 2021/  
Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600027**

und

**20180059 Tierschutzverein Biel – Seeland – Berner Jura / Leistungsvertrag  
2018 – 2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600019**

und

**20180060 Tierparkverein Biel / Leistungsvertrag 2018-2021 /  
Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600009**

**Hamdaoui Mohamed, au nom de la Commission de gestion:** Je tiens à préciser que la discussion au sein de la Commission de gestion (CDG) a été brève sur ce sujet. En tout cas bien moins longue que pour le point qui suivra tout à l'heure. Dans le cadre du programme d'assainissement NHS de 2015, il avait tout de même été décidé de poursuivre la subvention pour la Fondation de la Colonie des cygnes ainsi que de la Société de protection des animaux Bienne-Seeland-Jura bernois (SPA) et l'Association du parc zoologique de Bienne. Il est donc tout à fait logique d'avoir un nouveau contrat de prestations avec ces trois institutions. Cela signifierait des montants pour les quatre ans, respectifs de 342'000 fr. de 360'000 fr. et de 382'000 fr. Les contrats de prestations, à peu près les mêmes qu'auparavant, ont été approuvés par les institutions. De ce fait, la CDG vous invite à en faire de même. Pour conclure, je vous rappelle que si un de ses contrats de prestation devrait être remis en cause, il faudra mesurer les conséquences que cela pourrait avoir pour une de ses institutions. Il s'agit d'un choix politique sur lequel la CDG ne se prononce pas.

**Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Le Groupe UDC/Les Confédérés propose d'accepter les trois demandes de crédit d'engagement. La Fondation de la Colonie des cygnes, qui est l'institution qui me tient le plus à cœur, car c'est un bijou biennois pour les promenades du dimanche matin. Je pense que tous les parents connaissent cet endroit et ont plaisir à s'y rendre avec leurs enfants. Pour les sceptiques, 80'000 fr. par année est tout à fait acceptable quand on constate que c'est le même prix que la Ville de Bienne a payé pour le "parc à bestiaux" de l'Esplanade. Je ne vois donc pas tellement le problème de donner annuellement 80'000 fr. pour défendre les animaux ou justement pour la Fondation de la Colonie des cygnes.

**Briechle Dennis, Fraktion GLP:** Die drei Leistungsverträge bewegen sich auf dem Niveau der letzten Jahre. Die Beiträge an die drei betroffenen Institutionen bleiben ungefähr gleich, was auch ein Resultat der Debatte zur nachhaltigen Haushaltsanierung (NHS) ist. Es handelt sich weder um einen Leistungsausbau noch um eine Kürzung. Vielmehr wird der Status Quo beibehalten. Die Fraktion GLP unterstützt dieses Vorgehen grundsätzlich. Die Unterstützung der drei sich Tieren widmenden Institutionen scheint uns wichtig. Der Tierschutzverein leistet in unserer Region einen sehr wichtigen Beitrag und nimmt seine Aufgabe verantwortungsvoll wahr. Auch der Tierpark macht viel aus seinen beschränkten Möglichkeiten. Dank ihm kann die heimische Fauna am Stadtrand angeschaut werden. Gerade für Stadtmenschen ist das gut und wichtig. Etwas weniger Begeisterung kann die Fraktion GLP für die Unterstützung der Schwanenkolonie aufbringen. Es stellt sich die Frage, welchen ökologischen Wert diese Institution hat und wie vorbildlich sie tatsächlich ist. Es handelt sich um eine

ziemlich kleine Institution, trotzdem ist ihr Budget fast gleich hoch wie dasjenige des Tierparks. Die Fraktion GLP diskutierte darüber, ob es nicht sinnvoller wäre, die Schwanenkolonie in den Tierpark zu integrieren oder mit dem Tierschutzverein zu fusionieren, so dass Synergien genutzt werden können. Diese Idee sollte weiterverfolgt werden. Die kommenden vier Jahre müssten nun wirklich für entsprechende Überlegungen genutzt werden. Die Fraktion GLP wird den Leistungsverträgen mit dem Tierschutzverein und dem Tierparkverein zustimmen, bezüglich Schwanenkolonie ist unser Enthusiasmus wie gesagt etwas geringer...

**Vlaiculescu Christiane, au nom du Groupe PSR:** Comme vous le savez sans doute, la Fondation de la Colonie des cygnes est un objet qui tenait à cœur à notre camarade Hervé Treu. Il ne nous est donc pas imaginable de ne pas défendre un bijou comme celui-là, qui est un lieu de rencontre mais aussi un lieu de famille attractif. Étant donné qu'il y a un contrat de prestations, le Conseil de ville doit statuer à ce sujet. Il me semble que cette somme à investir par année paraît ridicule. Ayant été durant toute mon existence dans une institution dépendante de contrats de prestations, je peux vous dire que d'avoir l'épée de Damoclès au-dessus de la tête que tous les quatre ans, n'est pas désagréable.

**Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO:** Auch die Fraktion SP/JUSO steht geschlossen hinter diesen drei Institutionen. Deren Leistungsverträge müssen verlängert werden. Ich erinnere kurz daran, dass die Bevölkerung hinter diesen Institutionen steht. Vorgesehene Kürzungen bei diesen Institutionen führten bereits einmal zu einer Ablehnung des ganzen Budgets. Kurz zu der auch von Herrn Briechle erwähnten Kritik an der Schwanenkolonie: Dazu möchte ich entgegnen, dass es auch ein wenig am Stadtrat liegt. Mit etwas mehr Geld könnten die Zustände sicher verbessert werden...

**Beriger Michelle, au nom du Groupe des Verts:** J'aimerais rejoindre les deux dernières intervenantes et soutenir bien évidemment le contrat de prestation relatif à la Fondation de la Colonie des cygnes.

**Diop Mamadou, PSR:** C'est le moment de nous recueillir sur la mémoire de notre collègue Hervé Treu. C'était un homme que toute la Ville de Bienne connaissait. Il s'est beaucoup investi pour la protection des animaux et il est donc important de lui rendre hommage en soutenant ce projet.

**Gugger Reto, BDP:** Mein Name ist "Gugger", Berndeutsch für Kuckuck. Pour les francophones, la traduction de mon nom est le coucou. J'aime bien les oiseaux, surtout les poulets... (*Gelächter*) Weshalb wehre ich mich nun trotzdem gegen den Leistungsvertrag mit der Schwanenkolonie? Wer schon etwas länger im Stadtrat ist, kann sich vielleicht an den Brief der früheren Stiftung Schwanenkolonie vom 3. Oktober 2013 erinnern. In diesem wurde damals angedroht, den Betrieb aus betriebswirtschaftlichen und Tierhaltungsgründen einstellen zu müssen, sollte der Stadtrat die Subventionen wie damals vorgesehen von CHF 120'000 auf CHF 81'000 kürzen. Der Stadtrat kürzte die Subventionen trotzdem und seither geht es der Schwanenkolonie mit CHF 81'000 gut. Anscheinend ging es also doch... (*Unruhe im Saal*) Gerne hätte ich die Jahresrechnung der Schwanenkolonie konsultiert, aber leider ist sie die einzige aller drei tangierten Institutionen, die keine Homepage mehr unterhält. Wenn keine Öffentlichkeitsarbeit und damit auch die Spendenakquirierung mehr gemacht wird, wie werden dann wohl die Vögel gepflegt? Von aussen mag die

Schwanenkolonie ein Bijou sein. Was denken aber wohl die Vögel, wenn sie aus ihren Käfigen nach draussen in die Natur schauen? Vielleicht wären sie lieber im Wald oder in Orpund im Tierheim! Deshalb lehne ich den Leistungsvertrag mit der Schwanenkolonie mich mit aller Vehemenz ab. Ich glaube, es gäbe bessere und günstigere Lösungen. Die Räumlichkeiten der Schwanenkolonie könnten ja als Kunstobjekt mit künstlichen Vögeln genutzt werden... (*Gelächter*)

### **Ordnungsantrag**

**Ogi Pierre, PSR:** Je pense que ce n'était pas une bonne idée de regrouper le traitement de ces trois points de l'ordre du jour. En effet, les intervenant(e)s ne parlent pas forcément des trois projets et cela rend donc la décision difficile. Il faut tout de même se rendre compte, que le Conseil de ville a décidé de "claquer" en vitesse environ 1 mio. fr. À mon avis, cela n'est pas de la démocratie et on doit pouvoir parler de chaque projet, indépendamment du temps. Je ne suis pas d'accord avec cette manière de procéder. Il est question de la protection des animaux, je demande donc à titre personnel un gel de la subvention à la Société de protection des animaux Bienne-Seeland-Jura bernois (SPA). Ceci, car j'ai entendu dernièrement que la SPA à Orpund avait refusé l'adoption d'un animal à des personnes, ceci pour la simple raison qu'elles étaient âgées de plus de 60 ans. D'un côté la SPA se plaint du nombre croissant d'animaux à protéger et de l'autre côté j'entends que cette association refuse l'adoption d'un animal à des personnes âgées. La SPA fait aussi preuve d'acharnement thérapeutique sur ses animaux. Une personne de la SPA aurait même dit qu'il faudrait qu'un EXIT pour les animaux soit inventé. Le Conseil municipal mène les négociations et fait des propositions, mais s'est-il déjà rendu sur place afin de voir comment les animaux sont traités? **Je demande que la proposition de contrat de prestations concernant la société de protection des animaux Bienne–Seeland–Jura bernois soit renvoyée au Conseil municipal** afin qu'il prenne plus de renseignements sur le nombre d'animaux recueillis par année, le nombre de placements et aussi sur la discrimination faite envers les personnes âgées.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Herr Ogi verlangt eine Rückweisung des Leistungsvertrags mit dem Tierschutzverein. Möchte sich jemand dazu äussern?

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich schätze die Meinung von Herrn Ogi immer sehr und seine Kritik am Tierschutzverein ist sicher begründet. Aber: der Tierschutzverein hat einen Leistungsvertrag mit der Stadt. Der von ihm zu erfüllende Auftrag ist in den massgeblichen Tierschutzergänzungen geregelt. Dabei geht es um kantonale Aufgaben, die von der Gemeinde erfüllt werden müssen, in Biel aber dem Tierschutzverein übertragen wurden. Ich bin der Meinung, dass auf Basis des bestehenden Leistungsvertrags Verhandlungen über die Äquivalenz von Leistung und Entgelt möglich sein sollten. Das ist aber Sache des Gemeinderats. Deshalb lehne ich den Ordnungsantrag ab.

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Der Gemeinderat empfiehlt, den Ordnungsantrag von Herrn Ogi abzulehnen. Der Leistungsvertrag der Stadt Biel mit dem Tierschutzverein besteht schon seit Jahren und die Beziehungen sind gut. Bisher sah der Gemeinderat keinen Grund, die erbrachten Leistungen zu hinterfragen. Selbstverständlich ist der Tierschutzverein zu einem Reporting verpflichtet, welches die Stadtratsmitglieder auf meiner Direktion einsehen können. Die Direktion Soziales und

Sicherheit pflegt einen regelmässigen Kontakt, obgleich der Tierschutz eine kantonale Aufgabe ist. Entgegen der Auffassung von Herrn Freuler muss diese Aufgabe aber nicht von den Gemeinden wahrgenommen werden und muss deshalb auch nicht delegiert werden. Die Unterstützung des Tierschutzvereins ist eine freiwillige Aufgabe der Stadt. Nichts desto trotz ist der Gemeinderat auch aufgrund der NHS-Debatte der Meinung, dass der Leistungsvertrag mit dem Tierschutzverein Sinn macht, weshalb er den Stadtrat um Unterstützung bittet.

**Ogi Pierre, PSR:** Je ne demandais pas de voter sur le crédit à long terme mais plutôt de le geler afin que le Conseil municipal puisse prendre les renseignements demandés et y répondre. Je ne suis pas contre les animaux, car je suis né dans une ferme et on n'adulait pas les animaux, mais on les respectait!

## Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag von Herrn Ogi

### Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

**Suter Daniel, PRR:** Je souhaite uniquement relever un détail technique dans le contrat de prestations concernant la Fondation de la Colonie des Cygnes. Le point 5.3, lettre d, de ce dernier, mentionne l'art. 77 du Code civil (CC; RS 210), qui concerne les dispositions relatives à des associations, notamment au sujet des défauts de paiements des associations. Il s'agit manifestement d'un copier-coller qui a été fait depuis un autre contrat de prestations qui concerne une association, alors que la Colonie des Cygnes est une fondation et le renvoi à l'art. 77 CC n'est pas correct. Je pense que le renvoi devrait se faire à l'art. 84a du CC. Je ne pense pas qu'un vote doit avoir lieu au sujet de cette remarque, car il s'agit uniquement d'un avis juridique. J'imagine que la Ville de Bienne va certainement faire une expertise juridique à ce sujet.

**Freuler Fritz, Grüne:** Vorab möchte ich dem Gemeinderat und dem Stadtrat für die Zustimmung zu den vorliegenden Leistungsverträgen zu danken. Während drei oder vier Jahren gab es im Stadtrat immer wieder unsägliche Diskussionen über Abbaumassnahmen. Diese betrafen alle drei vorliegenden Institutionen und auch das im vorhergehenden Traktandum besprochene X-Project. Trotzdem existieren diese Institutionen weiterhin. Für die Fraktion Grüne ist die Partizipation wichtig. Wie kann sich die Bieler Bevölkerung an der Politik oder an sozialen Aufgaben beteiligen? In allen erwähnten Institutionen wird ehrenamtlich gearbeitet. Es ist wichtig, dass die Stadt dieses Engagement anerkennt und es mit den beantragten, relativ kleinen Beiträgen unterstützt!

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Ich danke für die gute Aufnahme der drei Leistungsverträge. Selbstverständlich wird der von Herrn Suter erwähnte Verweis nochmals überprüft. Ich glaube aber nicht, dass dafür ein Rechtsgutachten erstellt werden muss. Wie Herr Freuler sagte, sollen diese Leistungsverträge auch eine Anerkennung an alle sein, die sich ehrenamtlich für die drei betroffenen Institutionen engagieren. Ihre Tätigkeit ist in der Bevölkerung breit abgestützt und es freut den Gemeinderat, wenn Sie dem Geschäft zustimmen.

**Abstimmung****20180058, «Stiftung Schwanenkolonie / Leistungsvertrag 2018-2021»**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 28. März 2018 betreffend Stiftung Schwanenkolonie / Leistungsvertrag 2018 – 2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600027 gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600027 für die Abgeltung der Leistungen der Stiftung Schwanenkolonie über CHF 324'000.00 und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2018 bis und mit 2021 werden mit einer Änderung genehmigt.
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

**Abstimmung****20180059, «Tierschutzverein Biel - Seeland - Berner Jura / Leistungsvertrag 2018-2021»**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 28. März 2018 betreffend Tierschutzverein Biel - Seeland - Berner Jura / Leistungsvertrag 2018 – 2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600019 gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600019 für die Abgeltung der Leistungen des Tierschutzverein Biel - Seeland - Berner Jura über CHF 360'000.00 und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2018 bis und mit 2021 werden genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

**Abstimmung****20180060, «Tierparkverein Biel / Leistungsvertrag 2018-2021»**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 28. März 2018 betreffend Tierparkverein Biel / Leistungsvertrag 2018 – 2021 / Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600009 gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 32110.363600009 für die Abgeltung der Leistungen des Tierparkverein Biel über CHF 480'000.00 und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2018 bis und mit 2021 werden genehmigt.
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

**Loderer Benedikt, Grüne:** Nachdem der Stadtrat nun so viel für den Sport und für die Tiere getan hat, bitte ich darum, bei nächster Gelegenheit auch die Kultur so grosszügig zu unterstützen... *(Gelächter)*

**105. 20150318 Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde / Reglement über die Sozialbehörde, Änderung des Organisationsreglements und des Beschlusses des Stadtrates betreffend Sitzungsgelder und Fraktionsentschädigungen**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Wir kommen nun zum Geschäft 20150318 Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde...

**Ordnungsantrag**

**Scherrer Martin, SVP:** Das Geschäft zur Ausgestaltung der Sozialbehörde wird viel Zeit beanspruchen. **Ich beantrage daher, jetzt eine Pause vorzusehen** und die Debatte zu diesem Geschäft danach zu beginnen.

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich bin dafür, mit der Debatte jetzt zu beginnen. Es liegt ein Antrag der Fraktion FDP vor. Würde diesem Antrag zugestimmt, fällt die Debatte ohnehin sehr kurz aus.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Aus Sicht des Gemeinderats wäre es wichtig, jetzt eine Pause zu machen. Einige Anträge zur Ausgestaltung der Sozialbehörde gingen erst heute Nachmittag ein und der Gemeinderat hatte noch keine Gelegenheit, sich darüber auszutauschen. Das könnte er während des Nachtessens nachholen.

**Abstimmung**

- über den Ordnungsantrag von Herrn Scherrer

**Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.**

**106. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180193, Dana Augsburg-Brom, SP, Muriel Günther, SP, Michelle Beriger, Grüne, Judith Schmid, PdA, «Wiederinbetriebnahme der öffentlichen Toiletten»**

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Dieses Postulat verlangt, die öffentlichen Toiletten wieder in Betrieb zu nehmen. Es soll dringlich erklärt werden, weil jeder Toilettengang dringend ist... doch Spass beiseite - die Dringlichkeit begründet sich darin, dass bereits im Budget 2019 ein Betrag für die öffentlichen Toiletten aufgenommen werden soll. Wir sind uns bewusst, dass das schon jetzt nur knapp reicht. Sollte die Zeit nicht reichen, das Anliegen ins Budget aufzunehmen, bleibt es für die Postulantinnen trotzdem dringend.



**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**Sitzungsunterbruch 19.45 Uhr - 20.45 Uhr**

**105. 20150318 Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde / Reglement über die Sozialbehörde, Änderung des Organisationsreglements und des Beschlusses des Stadtrates betreffend Sitzungsgelder und Fraktionsentschädigungen (Fortsetzung)**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Gemäss Art. 51 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel (SGR 151.21) kann über das Eintreten auf ein Geschäft beraten werden. Meines Wissens wird das Eintreten auf das vorliegende Geschäft bestritten?

**Brunner Thomas, Fraktion EVP/BDP:** In den letzten zwei Stunden ist hinter den Kulissen viel passiert. Es gäbe durchaus valable Gründe für meine Fraktion, auf das vorliegende Geschäft nicht einzutreten. Ab und zu muss man sich aber zusammenraufen. Das gilt für alle, tut allen gut und dient vor allem der Sache, wenn die Diskussion in ruhigere Gewässer gesteuert werden kann. Nachdem ein Kompromiss gefunden werden konnte, bestreitet die Fraktion EVP/BDP das Eintreten daher nicht mehr.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Damit wird auf das Geschäft eingetreten. Auf den Tischen liegen verschiedene Anträge auf. Zuerst hat aber die GPK das Wort.

**Tanner Anna, GPK:** Heute entscheidet der Stadtrat über die Organisationsform einer Behörde, weil diese eine formelle rechtliche Grundlage braucht. Gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz (SHG; BSG 860.1) muss jede Gemeinde über einen Sozialdienst und eine für diesen zuständige Behörde verfügen. Bisher bestand diese Behörde in Biel aus der Direktion Soziales und Sicherheit (DSS), somit dem Direktor DSS. Nun schlägt der Gemeinderat dem Stadtrat als neue Behörde eine externe Fachkommission vor, denn er möchte diese mit Fachpersonen und nicht mit PolitikerInnen besetzen. Gerade für Biel, wo die Sozialhilfe viel Zündstoff bietet, findet die GPK eine solche Zusammensetzung der Behörde sinnvoll, weil sachlich und fachlich diskutiert werden könnte. Gleichzeitig ist es der GPK auch wichtig, die Debatte über die neue Sozialbehörde nicht personenbezogen zu führen. Die Sozialbehörde hat wichtige strategische Funktionen und muss Kontrollaufgaben wahrnehmen. Gleichzeitig soll sie den Sozialdienst, in der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialdienstes ist sicherlich, dafür zu sorgen, dass Bedürftige ein würdiges Leben führen können. Ein weiteres Ziel, das von links bis rechts unbestritten sein dürfte, ist die Integration von Sozialhilfeempfangenden in den Arbeitsprozess. Der Sozialdienst soll für eine möglichst hohe Beschäftigungsquote sorgen und die Abhängigkeit von der Sozialhilfe möglichst verhindern. Dazu braucht es immer wieder neue Konzepte, bei welchen eine fachliche Kommission unterstützend wirken kann. Für die GPK ist das vorliegende Geschäft sehr zweischneidig: Grundsätzlich wird die Neukonzeption der Sozialbehörde begrüsst. Das Gesetz sieht eine Sozialbehörde vor, die aber unterschiedlich ausgestaltet werden kann. Eine gute fachliche Abstützung der Sozialbehörde macht für die GPK daher Sinn. Allen GPK-Mitgliedern war zudem klar,

dass die vor uns liegende Debatte nicht personenbezogen geführt werden kann und nach Möglichkeit entpolitisiert werden sollte. Es ist falsch, mit der Sozialhilfe Politik betreiben zu wollen. Einig war sich die GPK auch darin, dass die vorgesehenen Sitzungsgelder für Experten nicht genügen. Mit CHF 75 für eine Sitzung werden sich nur Fachpersonen mit einer inneren Motivation oder aus ideologischer Überzeugung heraus für diese Behörde finden lassen. Das wiederum dürfte zu einer politischen Prägung der Kommission führen.

Die Argumente für und gegen eine neue Zusammensetzung der Sozialbehörde wurden in der GPK kontrovers diskutiert. Ich werde darauf eingehen. Befürchtet wurde beispielsweise, dass die Schaffung der neuen fachlichen Sozialbehörde zu einem Präzedenzfall auch für die anderen Direktionen werden könnte. Auch wurde kritisiert, dass die neue Sozialbehörde im Gegensatz zu den Schulkommissionen Entscheidkompetenz erhalten soll. Gleichzeitig wurde die Befürchtung geäußert, dass Entscheide der Sozialbehörde nicht mehr ausreichend demokratisch legitimiert sein würden. Das wäre insofern problematisch, als die Entscheide der Sozialbehörde von den Sozialdiensten "ausgebadet" werden müssten. Im Weiteren haben sich einzelnen GPK-Mitglieder gefragt, weshalb dem Direktor DSS die Sozialbehörde aufgezwungen werden soll. Anlässlich der Stadtratsinformation sagte der zuständige Gemeinderat (Herr Feurer), er sei mit dem vorliegenden Vorschlag nicht durchwegs einverstanden. Ist es wirklich sinnvoll, eine Sozialbehörde zu schaffen, hinter welcher der zuständige Gemeinderat gar nicht steht? Schliesslich fragte sich die GPK, ob der Gesamtgemeinderat mit dem vorliegenden Geschäft seine Verantwortung abschieben will, verabschiedete er doch eine Vorlage, hinter der nicht alle Gemeinderatsmitglieder stehen. Soll deshalb nun der Stadtrat darüber entscheiden?

Positiv bewertete die GPK den Umstand, dass die Sozialbehörde bei gewissen Diskussionen, zum Beispiel über die strategische Ausrichtung, hilfreich sein dürfte. Im Rahmen ihrer Kontrollfunktion könnte sie Mängel aufdecken, für effizientere Prozesse sorgen und an den Empfehlungen für das Handbuch der Sozialhilfe der Berner Konferenz für Sozialhilfe mitarbeiten. Darunter fällt beispielsweise die Festlegung der Mietzinse, die in Biel für grosse, politisch geprägte, Diskussionen sorgten. Eine fachliche Meinung dazu wäre sicher hilfreich gewesen. Eine Sozialbehörde würde auch den zuständigen Direktor etwas aus der Schusslinie nehmen und ihm die Möglichkeit eröffnen, sich breiter abstützen und sich auf Fachleute berufen zu können. Die Diskussion würde versachlicht und dadurch pragmatischer. Das wünsche ich mir auch für die vor uns liegende Diskussion. Es liegen mehrere Änderungsanträge auf. Die GPK gibt keine Empfehlung ab, da für sie die Pro- und Kontraargumente sehr ausgewogen sind. Es liegt nun also an den Stadtratsmitgliedern, darüber zu befinden.

## Ordnungsantrag

**Cadetg Leonhard, Fraktion FDP:** Die Fraktion FDP stellt einen Ordnungsantrag, der erst heute Nachmittag formuliert wurde und deshalb nicht übersetzt werden konnte, wofür ich Sie um Entschuldigung bitte. **Wir beantragen, das vorliegende Geschäft an eine noch zu wählende Spezialkommission nach Art. 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) zur Vorberatung zu übertragen. Das Stadtratsbüro soll in Absprache mit den Fraktionspräsidien gemäss Art. 20 des Reglements für die Kommissionen des Stadtrates (SGR 151.31) den Auftrag**

**an die Kommission formulieren und deren Einsetzung in einer nächsten Sitzung traktandieren.** Die Fraktion FDP ist überzeugt, dass das wichtige Thema Sozialbehörde eine vertiefte Beratung im Stadtrat verdient. Es versteht sich von selbst, dass die auf den Tischen aufliegenden Änderungsanträge von der geforderten Kommission prominent zu behandeln wären. Die Kommission müsste auch die vom Gemeinderat und von der Abteilung Soziales eingebrachten Argumente mitberücksichtigen. Dabei darf sie aber das Ziel nicht aus den Augen verlieren, nämlich eine für alle funktionierende und von Respekt geprägte Lösung zu finden. Die Fraktion FDP bittet Sie deshalb um Zustimmung.

**Freuler Fritz, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne unterstützt den Ordnungsantrag der Fraktion FDP. Vorgängig möchte ich aber noch unsere Position zum vorliegenden Geschäft bekannt geben, das wir grundsätzlich unterstützen:

1. Das neue Reglement über die Sozialbehörde entspricht dem kantonalen Sozialhilfegesetz (SHG).
2. Der Beschluss des Gemeinderates zur Sozialbehörde von 2002 ist nicht mehr zeitgerecht, auch wenn diese ihren Zweck über viele Jahre problemlos erfüllt hat.
3. Der Beizug von Experten und die Wahl derselben durch den Gemeinderat scheint zweckmässig und entspricht der Reorganisation bei der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Das heisst, dass von den klassischen Fürsorge- und Vormundschaftskommissionen als politische Instanzen abgerückt wird. Dieses Vorgehen wird der gesellschaftlichen Entwicklung und der Politik gerechter, die nach immer mehr Professionalität verlangen.
4. Gemäss Vorschlag des Gemeinderates soll der Direktor Soziales und Sicherheit die neue Sozialbehörde präsidieren. Damit wäre seine Position in Biel eine andere als beispielsweise in der Stadt Bern, wo die zuständige Direktorin lediglich beratend und ohne Stimmrecht in der Kommission Einsitz hat und diese auch nicht präsiert. Die vom Gemeinderat vorgesehene Ausgestaltung der Sozialbehörde ist zwar möglich, aber vielleicht noch nicht die beste Lösung.
5. Die Aufgabe der Sozialbehörde richtet sich nach der individuellen Sozialhilfe. Das scheint vorerst zweckmässig und entspricht der Lösung der Stadt Bern.
6. Wird erneuert und reorganisiert, gibt es immer Faktoren, die eine Nachbesserung erfordern. Deshalb verlangt die Fraktion Grüne vom Gemeinderat, dass er dem Stadtrat drei Jahre nach der Reorganisation Bericht erstattet und allfällige Korrekturen zur Diskussion stellt.

Insgesamt erscheint die vom Gemeinderat vorgeschlagene Reorganisation sinnvoll und nicht auf eine bestimmte Person zugeschnitten. Die Regelung weist dem zuständigen Gemeinderat dennoch weitreichende Befugnisse und Führungsaufgaben zu. Entscheide über die Unterstützung von Bedürftigen im Einzelfall fallen - wie schon bisher und auch in Zukunft - nicht in die Kompetenz der Sozialbehörde, sondern obliegen der Abteilung Soziales, welche auch weiterhin für das operative Geschäft zuständig bleibt. Mit dieser Begründung und mit Berücksichtigung der aufliegenden Änderungsanträge hätte die Fraktion Grüne der beantragten Reorganisation zugestimmt. Die Auseinandersetzungen der letzten Tage und Stunden zeigen aber, dass das vorliegende Geschäft nur mittels Zufallsmehrheiten entschieden würde. Das wäre nicht zielführend und würde eine Flut von Vorstössen auslösen. Der Auslöser für dieses Geschäft, nämlich die Erheblicherklärung der dringlichen Motion 20140325 «Für eine zeitgemässe Organisation der Sozialbehörde», liegt schon über drei Jahre zurück. Es wäre schade, wenn der Stadtrat nun den "Bettel hinschmeissen" würde. Deshalb

unterstützt die Fraktion Grüne den Ordnungsantrag der Fraktion FDP, wonach nun eine stadträtliche Kommission zu bilden und die Diskussion in dieser weiterzuführen ist. **Ich beantrage aber, den Ordnungsantrag wie folgt zu ergänzen** - und gehe davon aus, dass diese Anpassung auch im Sinne der Antragstellenden ist - **"Alle Änderungs- und Rückweisungsanträge vom 7. Juni 2018 werden in der Kommission behandelt."** Die Fraktion Grüne bittet um Zustimmung. Wird der Ordnungsantrag der Fraktion FDP heute Abend angenommen, kann die Diskussion im Stadtrat beendet und in der Kommission weitergeführt werden.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Ich erinnere daran, dass momentan nur über den Ordnungsantrag der Fraktion FDP diskutiert werden kann.

**Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO:** Ich habe ein langes Votum vorbereitet, das sich jetzt erübrigt. Die Fraktion SP/JUSO ist mit der von der Fraktion FDP vorgeschlagenen vorberatenden Kommission einverstanden. Im Übrigen kann sich die Fraktion SP/JUSO dem Votum von Herrn Freuler anschließen. Das vorliegende Geschäft ist wichtig. Es sollte möglichst entpolitisiert und möglichst unpolemisch behandelt werden. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt deshalb auch den Ergänzungsantrag von Herrn Freuler. Ferner verzichten wir auf unseren aufgelegten Rückweisungsantrag, wenn dessen Forderungen in der Kommission berücksichtigt werden.

**Hamdaoui Mohamed, au nom du Groupe PSR:** Je vais essayer, d'une manière développée, de vous expliquer pourquoi le Groupe PSR soutiendra la proposition du Groupe FDP d'instaurer une commission spéciale. Nous avons eu une longue discussion passionnante, passionnée et approfondie, lundi soir, au sein du groupe et on s'est rendu compte, que dans cette affaire, il y avait en tout cas trois dimensions: émotionnelle, politique et institutionnelle. Lorsque le postulat 20140325 "Pour une organisation moderne de l'Autorité sociale", qui est à l'origine de cette affaire, avait été adopté, beaucoup de personnes dans cet hémicycle voulaient adresser un carton jaune au Responsable du Département de l'action sociale, parce que l'on estimait que son action n'était pas satisfaisante. Pour notre groupe, ce carton jaune était justifié mais depuis trois années se sont écoulées et un certain nombre de choses a évolué. D'une part, le Conseil municipal a mis fin à des dysfonctionnements, qui existaient depuis quelque temps, au sein de la Direction de l'action sociale et sécurité (ASS). D'autre part, même si le Groupe PSR est très à gauche et que nous estimons que la politique, qui est menée dans le domaine social, mériterait d'avoir un autre directeur, nous sommes fair-play et admettons, qu'une ou deux décisions prises ne vont pas forcément dans la mauvaise direction. Il faut admettre une chose, c'est que le Directeur de l'ASS a été réélu et de ce fait il bénéficie d'une légitimité démocratique, que personne ne peut décentement contester. Notre Groupe a eu une longue discussion sur des questions institutionnelles. Si nous acceptons le projet d'arrêté tel quel, nous créons un précédent et cela signifierait la mise sous tutelle d'une direction. Et si c'était le cas, serait-ce bien ou non? Allons-nous aujourd'hui créer, en prenant une décision hâtive, une "Lex Feurer"? Une quantité de questions institutionnelles se posent, auxquelles il n'y a pour l'instant absolument aucune réponse. La réflexion est absolument importante, mais le Groupe PSR estime que l'on ne peut pas, aujourd'hui, répondre de manière très claire à ces questions afin de pouvoir prendre une décision si lourde de conséquences. C'est pour cette raison que le Groupe PSR est prêt à entrer en matière sur la proposition du Groupe FDP car l'on s'est rendu compte que les différentes propositions de renvoi vont dans tous les sens et qu'elles ne résoudront rien. Le Conseil de ville risque d'accepter

une proposition de renvoi qui va dans un sens ou dans un autre et cela ne servirait absolument à rien. On verra finalement ce qui va se passer, si la création d'une commission spéciale est acceptée. Il y a deux possibilités: soit de cette commission jaillira la lumière et on pourra avancer ou alors cette commission confirmera ce que disait le célèbre politicien français Georges Clémenceau "*Quand on veut enterrer un problème on crée une commission*".

**Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat sehr lange über das vorliegende Geschäft diskutiert. Wir möchten klarstellen, dass die heutige Organisation der Sozialbehörde gesetzeskonform ist. Eigentlich müsste nichts geändert werden. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen findet es nicht sinnvoll und hat sehr grosse Bedenken, die im Bericht erwähnten Aufgaben einer externen Fachkommission mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen zu übertragen. Nach der Fraktionssitzung war es unser Ziel, den Status quo beizubehalten und der Direktion die Chance zu geben, nun einmal zu arbeiten. Zudem wollten wir einen Rückweisungsantrag einreichen mit dem Auftrag an den Gemeinderat, der Sozialbehörde eine beratende Kommission zur Seite zu stellen. Nun geht es aber vorerst nur um den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP. Diesem können wir unter einer Bedingung zustimmen: Es kann nicht sein, dass die neue Kommission nur den gemeinderätlichen Vorschlag einer externen Fachkommission begutachtet. Sie muss alle Möglichkeiten prüfen worunter den Status quo und andere Lösungen. Das Feld muss wieder geöffnet werden für alle möglichen Varianten. Ich möchte, dass die Verantwortlichen der FDP bestätigen, dass ihr Ordnungsantrag in diesem Sinn zu verstehen ist.

**Briechele Dennis, Fraktion GLP:** Auch in der Fraktion GLP hat das vorliegende Geschäft für viel Gesprächsstoff gesorgt. Es hat wohl mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Die Sozialbehörde selbst ist gesetzlich vorgeschrieben und ihre Aufgaben sind definiert. Darüber muss nicht diskutiert werden. Einzig ihre Ausgestaltung ist frei wählbar. Wie Herr Hamdaoui bereits erwähnt hat, bestehen allerdings enorme Spannungsfelder, so zum Beispiel:

- Es gilt einerseits die Aufsichtsfunktion wahrzunehmen, andererseits durch strategische Entscheide, auf den Sozialdienst Einfluss zu nehmen.
- Die demokratische Kontrolle kann durch politisch gewählte Personen, einer fachlichen Behörde oder Fachpersonen ausgeübt werden.

Letztlich liegt diesem Geschäft aber die uralte Frage zu Grunde, wer eine Gesellschaft besser regiert, demokratisch gewählte Vertretungen, die bei der nächsten Wahl Rechenschaft ablegen müssen und allenfalls auch wieder abgewählt werden können oder Expertengremien? Befürworten wir eher den demokratischen Aspekt oder liefert die Technokratie bessere Lösungen? Soll die Exekutive ein politisches Gremium im heutigen Sinn bleiben oder soll sie nur ein Gremium sein, das umzusetzen hat, was ihm vorgelegt wird? Das sind grundlegende, theoretische Gedanken. Auf diese Fragen gibt es meines Erachtens keine eindeutig richtigen Antworten. Es ist in diesem Spannungsfeld schwierig, sich für die eine oder andere Haltung zu entscheiden. Deshalb findet die Fraktion GLP den Bericht des Gemeinderats sehr dürftig. Er zeigt nicht alle Optionen mit all ihren Pro- und Kontra-Argumenten auf. Er zeigt auch nicht auf, wie die anderen rund 350 Gemeinden des Kantons (oder zumindest die mit Biel vergleichbaren) ihre Sozialhilfe regeln. Einige Stunden vor der Stadtratssitzung liess der Gemeinderat zwar noch eine Liste mit möglichen Varianten verschicken. Ganz ehrlich gesagt schwächt die Qualität dieser Liste mein Vertrauen in den Gemeinderat

eher. Ich kann mir nicht vorstellen, dass er die verschiedenen Varianten ausführlich geprüft hat. Deshalb sind wir nun leider in einer Situation, in welcher - auch in den Medien - nicht mehr nur die Sache zählt, sondern die Personen im Vordergrund stehen. Mein Eindruck ist, dass viele Stadtratsmitglieder das Geschäft weniger nach dem Inhalt, als an den beteiligten Personen messen. Dies eben auch deshalb, weil die Grundlagen für den gefällten Gemeinderatsentscheid fehlen. Die Einschätzung des Geschäfts hängt von der jeweiligen Beziehung zum Direktor Soziales und Sicherheit und seinen Leuten ab. Das ist aus Sicht der Fraktion GLP sehr unbefriedigend. Deshalb hat auch sie einen Rückweisungsantrag formuliert, der auf den Tischen aufliegt. Unsere Idee war es ebenfalls, die Vorlage zurückzuweisen mit dem Auftrag, den Gemeinderat alle verschiedenen Optionen prüfen zu lassen, Pro und Kontra auszuführen und die Lösungen anderer Gemeinden aufzuzeigen. Zudem hätte er prüfen sollen, ob alle Direktionen inskünftig gleichbehandelt werden. Soll wirklich jeder/jedem DirektorIn eine vorberatende Kommission zur Seite gestellt werden, wie das bei anderen Gemeinden der Fall ist? Wie die Fraktionen SP/JUSO und SVP/Die Eidgenossen ist aber auch die Fraktion GLP bereit, auf ihren Rückweisungsantrag zu verzichten, wenn der Rückweisungsantrag der Fraktion FDP angenommen wird. Wir erwarten aber, dass die neue Kommission sämtliche Optionen anschaut und alle aufgeworfenen Fragen und Forderungen aufnimmt. In diesem Sinne befürworten wir auch die von Herrn Freuler beantragte Ergänzung.

**Bord Pascal, au nom du Groupe PRR:** Vu que beaucoup d'arguments ont déjà été mentionnés, je vais faire court. Le Groupe PRR n'est pas satisfait des résultats de la Direction de l'action sociale et de la sécurité car le taux d'aide sociale est toujours très élevé. Il reste donc beaucoup de travail. À notre sens, la proposition du Conseil municipal n'est pas sérieuse car, vu les circonstances, il n'est tout simplement pas possible de créer une "Lex Feurer". Notre groupe soutient la proposition du Groupe FDP afin qu'une commission spéciale soit créée et qu'elle prépare sérieusement cette affaire.

**Sprenger Titus, Passerelle:** Im vorliegenden Geschäft geht es letztendlich um die Sozialhilfebeziehenden. Über diese wurde heute Abend noch nichts gesagt. Trotzdem kann ich mich allen bereits erwähnten Argumenten anschliessen. Gerne wiederhole ich den letzten Satz, der Fraktion FDP in der Begründung ihres Rückweisungsantrags: *"Das ist ein Geschäft, das es verdient, wie das Personalreglement behandelt zu werden."* In diesem Sinn unterstütze ich den Ordnungsantrag der Fraktion FDP.

**Feurer Beat, Directeur de l'action sociale et de la sécurité:** Je vous remercie pour cette discussion courte mais intéressante. Il semble que les membres du Conseil de ville aient des difficultés à comprendre la matière. En effet, il n'est pas possible, dans ce cas, de parler de "vorberatende Kommission" ou encore de faire une comparaison avec le Département de la protection de l'adulte et de l'enfant. Le Conseil municipal comprend le besoin du Conseil de ville qui est d'approfondir ce sujet. Malgré cela, le Conseil municipal reste sur sa position et estime que cette affaire a été très bien préparée et expliquée. C'est pour cette raison que le Conseil municipal vous recommande de suivre son avis et de passer au vote cette affaire. Pour les personnes qui auraient encore besoin d'explications supplémentaires, les art. 16 à 18 de la Loi cantonale sur l'aide sociale (LASoc; RSB 860.1) démontrent très clairement ce que peut faire l'autorité de l'aide sociale. Il faut savoir qu'une loi cantonale ne peut pas être modifiée par une commission communale.

**Cadetg Leonhard, Fraktion FDP:** Die Fraktion FDP ist mit dem Antrag von Herrn Freuler einverstanden. Es ist wichtig und auch im Sinne der Fraktion FDP, alle dargebrachten Anliegen in der neuen Kommission weiter zu diskutieren. Ich danke dem Gemeinderat für sein Verständnis dafür, dass der Stadtrat tieferen Einblick in die Materie benötigt. Grundlage bildet die kantonale Gesetzgebung. Das Thema ist komplex und gerade deshalb ist die Einberufung einer Kommission der richtige Weg.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Der Gemeinderat hält am Geschäft fest und möchte, dass es vom Stadtrat heute beraten wird. Wir stimmen deshalb nun über den Ordnungsantrag der Fraktion FDP, ergänzt durch den Antrag von Herr Freuler, ab.

### **Abstimmung**

- über den ergänzten Antrag der Fraktion FDP

**Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Damit wird der Beschlussesentwurf zum vorliegenden Geschäft entsprechend dem Ordnungsantrag angepasst und wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Schlussabstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 21. März 2018 betreffend «Zukünftige Ausgestaltung der Sozialbehörde, Reglement über die Sozialbehörde, Änderung des Organisationsreglements und des Beschlusses des Stadtrates betreffend Sitzungsgelder und Fraktionsentschädigungen», gestützt auf Art. 40 Absatz 1 Ziffer 1 Buchstabe f der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Das Geschäft wird an eine noch zu wählende Spezialkommission gemäss Art. 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) zur Vorberatung übertragen. Das Stadtratsbüro formuliert den Auftrag an die Kommission gemäss Art. 20 des Kommissionsreglements (SGR 151.31) in Absprache mit den Fraktionspräsidien und traktandiert die Einsetzung der Kommission in einer nächsten Sitzung. Alle Themen der Änderungs- und Rückweisungsanträge vom 7. Juni 2018 werden in der Kommission behandelt.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Ich danke für die sachliche Diskussion. Die neue Kommission wird nicht anlässlich der kommenden Stadtratssitzung aber in einer der darauffolgenden einberufen werden können.

**107. Überparteiliches Postulat 20170290, Fritz Freuler, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Judith Schmid, PdA, Glenda Gonzalez, PSR, «Fortschritt dank Landesstreik 1918: Rehabilitation der zu Unrecht verurteilten Bieler Streikenden»**

(Text des überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das überparteiliche Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich danke dem Gemeinderat für seinen Antrag, das überparteiliche Postulat zum Landesstreik erheblich zu erklären sowie für seine finanzielle Geste an das Theaterprojekt «1918.ch». Besonders danke ich für die ausserordentlich gute und beeindruckende Recherche durch die AutorInnen der vorliegenden Antwort. Der Antrag des Gemeinderats, das Postulat als erfüllt abzuschreiben, enttäuscht mich jedoch. Der Gemeinderat schreibt, eine Intervention bei den Bundesbehörden sei für ihn schwierig. Das mag zutreffen, viel schwieriger wäre eine solche Intervention aber für Ernst Studer und alle am Landesstreik beteiligten Frauen und Männer. Diese handelten nach dem Grundsatz: *"Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht."* Dafür riskierten sie ihre Arbeitsstelle, ihre materielle Existenz und sogar, von der Armee erschossen zu werden.

Warum ist die Rehabilitation der Streikenden so wichtig? Ohne Geschichte gibt es keine Zukunft! Sich der Vergangenheit zu stellen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer demokratischen Gesellschaft. Eine adäquate Aufarbeitung des Landesstreiks wird bis heute erschwert, denn selbst nach 100 Jahren wird er noch immer instrumentalisiert. Milliardär und Ex-Bundesrat Christoph Blocher behauptete vor drei Monaten an einem Vortrag in Wetzikon, der Sozialdemokrat Roland Grimm habe mit dem Landesstreik einen Umsturz geplant. Mit dieser These will der SVP-Vordenker die Linke insgesamt und die Sozialdemokraten und Gewerkschaften im Besonderen verketzern. Dabei ist die These, wonach das Oltener Streikkomitee einen Umsturz plante, seit den 1960er-Jahren überholt, was zum Beispiel bei Christian Koller, Titularprofessor für Geschichte an der Universität Zürich, nachgelesen werden kann. Eigentlich sollte es heute möglich sein, mit mehr Gelassenheit auf den Landesstreik zurückzuschauen. Wer das tut, wird feststellen, dass am Ende des ersten Weltkriegs in der Schweiz viele Menschen von purer Not getrieben waren. Der Gemeinderat beschreibt in seiner Antwort die Hungerdemonstration auf dem Burgplatz. In Biel gab es unterernährte Kinder und es herrschte Wohnungsnot. Der damalige Gemeinderat sah sich veranlasst, Brot und Milch abzugeben, Kantinen einzurichten und die ersten Sozialwohnungen zu bauen, um die Bevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen. Der Landesstreik war eine Bewegung von unten, eine Volksbewegung, an der nicht weniger als 250'000 Menschen teilnahmen, meist erwerbstätige Männer. Hinter und neben diesen Männern standen genauso viele starke Frauen, welche die Hauptlast der damaligen Inflation zu tragen hatten und mit schrumpfenden Haushalteinkommen versuchten, ihre Familien irgendwie durchzubringen. Hunderttausende Männer und Frauen in der Schweiz trauten sich, ja sahen sich dazu gezwungen, sich gegen die herrschende Ordnung zu stellen, weil ihnen diese Ordnung keine ausreichenden Lebensbedingungen mehr bieten konnte. Die Bewegung des Landesstreiks war keine ketzerische, linke Bewegung, wie dies ein Teil der SVP-Führung gerne darstellt,



sondern sie fand mitten in der Gesellschaft statt. Es waren die Bankangestellten der Zürcher Bahnhofstrasse (nicht gerade als aufrührerisch bekannt), die mit ihrem Streik dem Landesstreik erfolgreich vorangingen.

Die Geschichte hat der Bewegung rund um den Landesstreik recht gegeben. Die damaligen Forderungen haben die Schweizer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte erheblich beeinflusst, und zwar zum Guten. Wir alle profitieren bis heute von den Fortschritten, die durch den Landesstreik eingeleitet wurden, so zum Beispiel die massive Arbeitszeitverkürzung oder das Stimm- und Wahlrecht der Frauen, ein Grundrecht, das heute nicht mehr nach dem Rechts-Links-Schema diskutiert werden muss, wie das noch bis 1971 der Fall war. Die Forderung der Landesstreikbewegung nach einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) schliesslich war ein wichtiges Element gegen die Altersarmut. Das ist die AHV heute noch, selbst wenn sie ihren verfassungsmässigen Auftrag, die Existenz im Alter zu sichern, bis heute nicht umfassend wahrnimmt und viele Beziehende zusätzlich auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Aber auch die AHV war vor 100 Jahren kein rein linkes Projekt. Gegen Ende des ersten Weltkrieges verlangten verschiedene Kreise, von liberal-freisinnig bis sozialistisch, die Einführung einer Altersversicherung. So lancierte beispielsweise der freisinnige Basler Nationalrat Christian Rothenberger eine entsprechende Volksinitiative, die aber 1925 scheiterte. Die Ideen und Vorschläge kamen aus breiten Kreisen. Die Arbeiterbewegung jedoch übte politischen Druck aus. Wenn der SVP-Vordenker von *"Frauen und Männern"* spricht, müssten eigentlich die Hunderttausenden, die aus Armut und Verzweiflung in den Landesstreik traten, auch dazugehören, ebenso wie diejenigen, die hier in der Stadt Biel verletzt, inhaftiert, verurteilt oder sanktioniert wurden. Es sind dies die beiden Lokomotivheizer Jenni und Jaggi, der Gepäckexpedient Brönnimann, der Telegrafist Renaud, der Bremser Reichen, der Bahnwärter Eggli, der Kondukteur Kocher oder der Weichenwärter Studer. Ernst Studer wurde vor Divisionsgericht zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil er den Soldaten des Zugbegleitschutzes die Verschlüsse aus den Gewehren entfernt hatte, um ein Blutbad zu verhindern. Studer war kein Einzelfall. Nach dem Generalstreik leitete die Militärjustiz gegen rund 3'500 Personen Verfahren ein. Nun kann gesagt werden, die Zeiten seien halt anders gewesen. Damit würde den damaligen Geschehnissen aber keine Bedeutung beigemessen und man könnte sie auf dem "Misthaufen der Geschichte" vor sich hinmodern lassen. Es kann aber auch gesagt werden, die Zeiten seien halt anderes gewesen und deshalb müsse jetzt ein Zeichen gesetzt werden. Es gilt heute, sich dieser willkürlichen Zeit der Militärjustiz zu distanzieren. Die PostulantInnen wollen, dass die damals zu unrecht Verurteilten rehabilitiert werden. Das vorliegende Postulat fordert nichts Anderes. Hier in Biel war die wirtschaftliche Not als auch die Beteiligung am Landesstreik besonders gross. Sehen Sie sich dazu die eindrückliche Ausstellung «1918: Krieg und Frieden» im Neuen Museum Biel (NMB) an. **Ich beantrage daher, das Postulat nicht abzuschreiben** und dem Gemeinderat die Möglichkeit einzuräumen, bei den Bundesbehörden die symbolische Rehabilitation von Ernst Studer zu beantragen oder zumindest an einem zentralen Ort eine Gedenktafel aufzustellen, so wie in Grenchen. Danke für Ihre Unterstützung.

**Schmid Judith, PdA:** Auch ich bedanke mich für die sehr interessante Antwort auf unser Postulat. Es ist begrüssenswert, dass der Gemeinderat die grosse historische Bedeutung des Generalstreiks anerkennt und auch das Theaterprojekt «1918.ch» mit einem Beitrag unterstützt. Erfreulich ist natürlich auch, dass der Gemeinderat

beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Den Antrag auf Abschreibung hingegen verstehe ich nicht. Für ein Leben in Würde riskierten die verurteilten Männer 1918 ihre Arbeitsstelle, ja zum Teil sogar ihr Leben, weil die Schweizer Armee auf die eigenen Bevölkerung losgelassen wurde. Diese Männer verdienen heute, 100 Jahre später, definitiv mehr, als einen Versuch zur Rehabilitierung und die Abschreibung des Anliegens, weil der Gemeinderat dessen Umsetzung nicht ganz einfach einschätzt. Die heutige Gesellschaft muss den Verurteilten und auch allen anderen mutigen Frauen und Männern von 1918 dankbar sein, auch wenn die rechte Ratshälfte das nur ungern zugibt. Doch auch sie profitiert heute unter anderem vom Proporzwahlssystem und vom aktiven und passiven Frauenstimm- und -wahlrecht. Beides waren klare Forderungen der Streikenden. Stellen Sie sich vor, wie es wäre, wenn in Ihren Reihen noch weniger Frauen (nämlich gar keine) sitzen würden! Es ist schon traurig genug, dass die sogenannte Demokratie in diesem Land bis 1971 brauchte, um der Hälfte der Bevölkerung das Stimmrecht zu gewähren! Ich bitte Sie, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären und von einer Abschreibung abzusehen. Von einem mehrheitlich linken Gemeinderat erwarte ich in dieser Thematik eine klarere Positionierung und ich traue ihm auch zu, die richtige Stelle auszumachen, um einen Antrag im Sinne des Anliegens des Postulats zu platzieren.

**Paronitti Maurice, PRR:** L'historiographie de la grève de 1918 a été tantôt influencée par les pouvoirs en place à l'époque, tantôt prise en main par des auteurs souvent sympathisants voire militants de gauche. Les premiers y voyaient une tentative de coup d'état fomentée par une petite minorité de la population voulant imposer la dictature du prolétariat chère aux idées de Lénine. Ce membre du Parti socialiste suisse était en train de l'installer en Russie, après avoir séjourné en Suisse et inspiré quelques membres du futur Comité d'Olten. Cette réaction se voulait en défense des principes démocratiques suisses où tout conflit, tout déséquilibre, toute revendication, notamment sociale devait passer par les urnes et non résulter d'un coup de force d'une partie de la population. Les seconds y voyaient l'arrogance des bourgeois et possédants, des paysans et des profiteurs de guerre, qui tiraient des avantages égoïstes des inévitables restrictions et pénuries d'une guerre mondiale longue et cruelle. Un mécontentement justifié régnait parmi les salariés. Les prix avaient considérablement augmenté et les salaires restaient stationnaires, manifestement insuffisants. Les revendications ouvrières méritaient d'être satisfaites en grande partie, mais le Gouvernement réagit brutalement en envoyant la troupe armée contre des civils, au lieu de dialoguer.

Aujourd'hui, cent ans après, les historiens disposent d'un plus vaste matériel documentaire et mènent une recherche plus dépassionnée. Ils rappellent par exemple que les travailleurs suisses n'appartenaient pas tous aux seuls groupes socialistes. En effet, il y a lieu de tenir compte aussi des opinions des autres cercles populaires, notamment de la population agricole. Le Comité d'Olten proposait des améliorations et ne visait en rien le fondement des institutions suisses, avec un programme strictement réformiste. On se rend compte aussi que de nombreux milieux bourgeois étaient conscients des inégalités dans le pays et œuvraient à accroître, petit à petit, le bien-être de tous. Le 12 novembre 1918 déjà, le président de la Confédération, Félix-Louis Calonder, faisait appel au bon vouloir et à la solidarité de toutes les classes et de tous les citoyens. Il tendait la main au Parti socialiste suisse pour travailler en commun à la prospérité de tous les ouvriers. Ceci, selon un processus négocié et participatif, certes de longue haleine, mais plus sûr qu'une révolution, qui ne pouvait faire que des

victimes. Toutefois, le Gouvernement de l'époque aurait dû comprendre qu'il ne pouvait pas se contenter de se fier aux stratégies militaires. Cela ne pouvait pas fonctionner, même si la grève de 1918 intervenait dans un contexte de mobilisation de guerre. Ce fut une crise politique très sérieuse qui eut des suites importantes dans les années successives. Quelques exemples: revalorisation des salaires, réduction du temps de travail, mise en œuvre de la représentation proportionnelle pour le Conseil national, qui avait déjà été décidée en votation populaire et qui, dès les élections de 1919 fera perdre la majorité au Parti radical...

Ainsi, l'idée de réhabiliter les personnes condamnées à l'époque peut se comprendre. Ceci dit, si l'on examine les chiffres, on constate que sur plus de 3500 inculpations, il y a eu finalement 147 condamnations, à savoir un peu plus de 4%. Les tribunaux militaires n'ont ainsi absolument pas mis d'huile sur le feu et il n'y a donc pas eu de répression féroce ou méthodique. Il y a fort à parier qu'ils ont abandonné les poursuites s'agissant de l'exercice du droit de grève, qui était admis et reconnu depuis longtemps à cette époque, et il est possible que parmi les 147 personnes finalement condamnées, certaines l'ont probablement aussi été pour des délits de droit commun. On sait qu'il y a eu des violences, du sabotage, des menaces et des intimidations envers des travailleurs, qui ne faisaient pas partie du mouvement socialiste de l'époque et même des vols, alors que le Comité d'Olten avait appelé à manifester pacifiquement et à éviter toute escalade ou agressivité. À Bienne, par exemple, un conducteur de train a été tabassé et des ouvriers qui n'adhéraient pas à la grève, molestés. Ces actes sont tout à fait étrangers et contraires au pacifisme réclamé par le mouvement d'Olten et ont probablement été sanctionnés, à juste titre.

Ainsi, une démarche de réhabilitation ne peut se faire qu'au cas par cas, de manière individuelle, et non pas en bloc, le risque étant d'effacer des sanctions justifiées, qui auraient également été infligées en temps normal et qui seraient infligées aujourd'hui aussi. De plus, il faudrait probablement une loi fédérale pour traiter le sujet, comme cela a été fait pour les volontaires républicains durant la guerre d'Espagne ou pour les personnes ayant aidé des victimes des nazis. Tout cela n'est pas de la compétence du Conseil municipal. C'est pourquoi il est correct de radier du rôle ce postulat comme étant réalisé, même si on aurait pu le considérer comme irrecevable puisque le thème n'était pas de la compétence du Conseil municipal. Ceci dit, je remercie le Conseil municipal pour sa réponse très fouillée, en concordance avec les commémorations du centenaire de la grève de 1918. D'ailleurs, je vous recommande une visite de l'exposition sur ce sujet qui se tient actuellement au Nouveau Musée Bienne (NMB).

**Brunner Thomas, EVP:** Im Nachhinein ist man bekanntlich immer schlauer. Ich bin überzeugt, dass das sowohl auf die Behörden als auch auf die Aktivisten zutrifft. Sicher sind gewisse Errungenschaften aus der Zeit des Landesstreiks zu würdigen, wie es der Gemeinderat gemacht hat und wofür ich ihm danke. Trotzdem bin ich der Meinung, das Postulat könne abgeschrieben werden. Ich bin überzeugt, dass die Wahrheit über alle von uns irgendwo geschrieben steht und feststeht. Ich bin aber nicht davon überzeugt, dass die Wahrheit der SVP-Geschichtsschreibung aber auch andere Geschichtsschreibungen immer so genau sind. Es ist schwierig, den Landesstreik historisch exakt aufzurollen und zu einer klaren Lösung zu kommen. Eine Würdigung ist angebracht und auch erfolgt, weshalb ich empfehle, das Postulat abzuschreiben.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP/JUSO:** Meine VorrednerInnen waren sehr ausführlich und sagten alles Wichtige. Ich bin von der Beantwortung des Gemeinderats enttäuscht. Auf das Anliegen des Postulats wird kaum eingegangen. Die Fraktion SP/JUSO begrüsst die Erheblicherklärung, unterstützt aber den Antrag, das Postulat noch nicht abzuschreiben. Es gibt verschiedene Arten zur Umsetzung des Anliegens. Wie es scheint, ist der Gemeinderat nicht geneigt, auf Bundesebene vorstellig zu werden und das Thema ähnlich zu behandeln, wie Grenchen das tat. Auf Seite 3 der Beantwortung schreibt der Gemeinderat: *"Darüber hinaus mischt sich der Gemeinderat grundsätzlich nicht in Entscheidungen anderer staatlicher Organe ein, wenn er nicht unmittelbar selbst betroffen ist."* Er will also nichts weiter tun als sagen, das Anliegen des Postulats gehe ihn nichts an. Würde immer alles als Einmischung betrachtet, gäbe es keine eigenständig denkenden Menschen, welche Dinge hinterfragen und sich für ihre Anliegen - vielleicht sogar auf der Strasse - einsetzen. Es käme so nie zu Veränderungen und wir würden wohl noch heute in Höhlen leben. Es ist wichtig, dass visionäre Menschen den Mut aufbringen, etwas anders zu machen und aus dem Rahmen zu fallen. Die Streikenden haben sehr wichtige Anliegen ins Rollen gebracht. Deshalb unterstützt die Fraktion SP/JUSO den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben.

**Leuenberger Bernhard, FDP:** Die Bedeutung und die Bewertung des Landesstreiks fallen naturgemäss und je nach politischer Grundhaltung äusserst unterschiedlich aus. Herr Freuler sagte, der Landesstreik werde instrumentalisiert. Er erwähnte Alt-Nationalrat Blocher, der tatsächlich in seiner berühmten Ansprache zum Landesstreik von 1918 vor allem den Soldaten dankte. Aus seiner Sicht stand die Schweiz damals kurz vor einem Bürgerkrieg. Der Landesstreik wird nicht in erster Linie von den Rechten instrumentalisiert. Ich behaupte vielmehr, dass er vor allem von den Linken, namentlich von den SozialdemokratInnen, instrumentalisiert wird. Die SP möchte wohl am Liebsten die Geschichte neu schreiben, denn sie erinnert in sehr feierlichem Ton an die Geschehnisse von 1918. Es geht den Schweizer GenossInnen nur darum, die Geschichte neu zu schreiben und das Erfolgsmodell Schweiz für sich zu usurpieren. Langsam und stetig soll in der Öffentlichkeit ein neues Geschichtsbild etabliert werden, das den Linken zum Vorteil gereicht. Das ist gerissen und schlau, denn wer im 21. Jahrhundert erfolgreich Sozialismus und Marxismus betreiben will, muss bemüht sein, diese Ideologien im geschichtlichen Rückblick positiv erscheinen zu lassen. Diese Strategie verfolgt das Ziel, den Verdienst am Erfolgsmodell Schweiz den Liberalen zu entreissen und der Sozialdemokratie zuzuschreiben.

Seit der Wende im damaligen Ostblock sind bald 30 Jahre vergangen. Noch bis 1990 wurde Ihre Partei, Frau Schmid, unbestrittenermassen direkt durch das sowjetische System "alimentiert". Damals haben Sie noch gar nicht gelebt, deshalb wissen Sie das nicht. Aber heute vertreten Sie eine Partei, die rund 50 Mio. eigene Bürger auf dem Gewissen hat, weil sie mit der Sowjetunion kooperierten. Nun kommen Sie in den Stadtrat und erzählen solchen Schrott. Das geht nicht! Ich gebe Herrn Freuler recht, dass die Situation in der Schweiz unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkriegs angespannt war, einerseits aufgrund der Entbehrungen durch den Krieg, andererseits aber auch aufgrund der grundlegenden Neuordnung Europas. Sprechen wir nun noch kurz über Robert Grimm vom Oltener Komitee, der den Streik durch seine unbestrittenermassen scharfe Rhetorik massgeblich mitprägte. Wer war Robert Grimm? Er war einer jener, welche die Rückreise Lenins nach Moskau mitorganisierten. Wie die heutigen Historiker sagen, war er zwar kein enger Freund von

Lenin und hatte so seine Vorbehalte, trotzdem nahm er aber an der bolschewistischen Revolution in Russland teil und kam danach in die Schweiz zurück. Überall in Europa wurde das tägliche Leben von revolutionären Bewegungen geprägt. Kronen mussten sowohl im deutschen Reich als auch in der K.u.k.-Monarchie abgegeben werden. Die Verunsicherung war gross. Auf der einen Seite gab es unbestrittenerweise soziale Notstände, dem gegenüber stand auf der anderen Seite ein total verunsichertes Bürgertum. In dieser Situation wurde die Schweiz zu einem richtigen Pulverfass. Ich empfehle allen, einmal das Standardwerk von Willi Gautschi zu lesen und sich mit der Person Robert Grimm auseinanderzusetzen. Willi Gautschi war übrigens auch ein Linker, hat aber ein gutes Buch geschrieben. Die Rhetorik von Robert Grimm war beängstigend! Was passierte in Russland mit der bolschewistischen Revolution? Sie wurde bis 1990 durchgezogen und das war schlimm! Es passierte viel Unrecht und das System verurteilte viele zu Unrecht! Ich glaube nicht, dass in der Schweiz je derart viele ungerechte Urteile gefällt wurden.

Ich bin der Meinung, dass es angebrachter wäre, eine klärende Diskussion zu führen, als die Rehabilitierung der Streikenden durch die Militärjustiz zu fordern. Kürzlich las ich einen Text des Historikers Rudolf Jaun, den ich persönlich nicht kenne: *"Eine neue, moderne, sozial- und kulturgeschichtliche Untersuchung des Generalstreiks ist dringend notwendig. Vieles spricht dafür, dass es sich beim Generalstreik um einen politischen Showdown handelte, bei welchem primär mit rechten und linken Gewalt- und Machtgesten (vier Tote, ein Soldat, drei Demonstranten), mit Droh- und Imponiergehabe, mit starken Zeichen und scharfer Sprache gefochten wurde. Die Zeit bis November 2018 sollte dazu genutzt werden, mit profunden Untersuchungen das medial unkritisch verbreitete Generalstreiks-Narrativ zu hinterfragen und für klärende Diskussionen zu sorgen."* Aufgrund dieser leider fehlenden Diskussion bin ich persönlich der Auffassung, dass die Pflege einer Erinnerungskultur an den Generalstreik sich nicht identitätsstiftend auf die Gesellschaft auswirkt und sie insbesondere das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Schweiz nicht stärkt. Zu unterschiedlich sind die Bewertungen des Landesstreiks. Die Beantwortung des Gemeinderats ist sehr differenziert, was sogar Herr Freuler anerkennt. Frau Augsburger-Brom, es gibt keinen Grund, enttäuscht zu sein. Ich halte dafür, das Postulat abzuschreiben.

**Waechter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Je rejoins les propos de mes collègues bourgeois et j'ajoute qu'il est difficile de soutenir ou de cautionner une grève pour le Groupe UDC/Les Confédérés. Ce principe-là n'est malheureusement pas dans nos gênes, même si, à l'époque, le principe de faire grève était compréhensible, mais la forme n'était pas acceptable. Notre groupe souhaite rejeter le postulat plutôt que de l'adopter.

**Freuler Fritz, Grüne:** Besten Dank für Ihre interessanten Voten. Herr Leuenberger hat die Situation in Europa um 1918 sicher treffend beschrieben. Dass er den Landesstreik relativiert und auf die verschiedenen Geschichtsschreibungen verweist, enttäuscht mich aber sehr. Zum Landesstreik gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse. Seit den 1960er-Jahren ist klar, dass er kein Instrument für einen Umsturz war und sich die 250'000 Streikenden auch keinen solchen wünschten. Umsturzpläne gab es keine! Als ich den vorliegenden Vorstoss verfasste, hatte ich Kontakt zu drei Historikern, nämlich Christian Koller, Stefan Keller und Hans Ulrich Jost. Gerade Hans Ulrich Jost ist eine Landesstreik-Koryphäe. Ich durfte seinen neusten Text lesen, der bald publiziert wird. Es stimmt, dass zum Landesstreik noch immer viele Fragen offen sind, da gerade von

bürgerlicher Seite noch viel Material in den Archiven ruht. Hans Ulrich Jost sagt sogar, der Landesstreik sei ein Motor für die Finanzwirtschaft gewesen. Die Banken schafften damals den Durchbruch und auch die Bauern erkämpften sich nach dem Landesstreik grosse Vorteile. Herrn Paronitti danke ich für seinen guten Beitrag. Er sagt mit Recht, die Rehabilitierung könne nicht pauschal verlangt werden. Das wurde mir in den Diskussionen mit den Historikern auch klar. Deshalb verlangt der Vorstoss ganz bewusst die Rehabilitation von Ernst Studer als Symbol für alle Streikenden, die 1918 nicht kriminell waren und trotzdem verurteilt wurden. Die heutige Diskussion im Stadtrat zeigt, dass ein solches Symbol angebracht wäre. 1918 machte die Schweiz die Erfahrung, wie gefährlich eine Konfrontation zwischen Arbeitenden und dem Staat sein kann. Die Armee erschoss in Zürich und in Grenchen Arbeiter, zum Teil von hinten mit Kopfschuss. Die an kriegerische Zustände erinnernde Situation grub sich auch in Biel tief in das kollektive Bewusstsein der älteren Generation ein. Mein damals 16-jähriger Grossvater, der in der Uhrenindustrie in Grenchen arbeitete, hat mir immer wieder von diesen Ereignissen erzählt. Seine Generation wollte verhindern, dass in diesem Land so etwas wieder passiert. Die Erfahrungen aus dem Landesstreik legten den Grundstein für die auf Kompromissen beruhende politische Verhandlungskultur, welche im Unterschied zu anderen Ländern die Schweiz geprägt hat und noch immer prägt, wie zum Beispiel auch heute Abend im Stadtrat. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Die Tatsache, dass der Stadtrat nun wohl ungefähr 45 Minuten über ein Ereignis debattierte, das 100 Jahre zurückliegt, bestätigt dessen Bedeutung. Wäre es nicht so bedeutsam, würde nicht so lange darüber gesprochen. Diese Feststellung finde ich wichtig. Bevor ich heute an die Stadtratssitzung kam, überlegte ich, ob ich die Rede wiederholen soll, die ich vor ungefähr drei Monaten im NMB hielt, als die Ausstellung «1918: Krieg und Frieden» eröffnet wurde. Leider ist diese mit der mir zustehenden Redezeit nicht ganz kompatibel... Im Lauf der Debatte wurden mir aber gewisse Steilpässe zugespielt, auf welche ich eingehen will. Der Gemeinderat ist keine Historikerkommission. Bei einem Thema wie dem Landesstreik spielt unvermeidlicherweise auch die persönliche Wahrnehmung jedes und jeder Einzelnen eine Rolle. Ich versuche daher, objektiv zu bleiben. Vielleicht hören aber die einen oder anderen trotzdem den Sozialdemokraten heraus - so soll es aber auch sein. Ich stehe nun wirklich nicht im Verdacht, ein Kommunist zu sein. Dennoch sage ich ganz klar: Die DDR oder die Sowjetunion waren Unrechtsstaaten. Der Berliner Mauerfall im November 1989 war ein guter Moment für die Menschheit. Alle totalitären Systeme sind schlecht, egal ob sie von rechts oder von links kommen. Über solche Fragen kann auch 100 Jahre nach dem Landesstreik noch nachgedacht werden. Was braucht es, damit ein Gemeinwesen funktioniert, die Demokratie lebendig bleibt und den Menschen einen Mehrwert bringt? Das sind wichtige Fragen. Herr Leuenberger sprach vom Zusammenbruch der K.u.k.-Monarchie und des Hohenzollern-Reichs. Das war kein Verlust, genau so wenig wie der Zusammenbruch der Sowjetunion und der DDR. Die Demokratie ist nicht perfekt, aber zumindest für mich die beste Staatsform, die ich bis jetzt gesehen habe. Demokratie verlangt Respekt vor den Andersdenkenden, Verständnis für Minderheiten und die Bereitschaft, einen Schritt aufeinander zuzugehen und Kompromisse und Lösungen zu suchen. Diese Bereitschaft fehlte meines Erachtens in der Zeit vor dem Landesstreik, auch wenn angesichts des Krieges die Bedingungen schwer waren. Darauf folgte aber eine sehr lange andauernde Phase, in der die Schweiz aufgrund der breiten Abstützung und dem grossen gegenseitigen Respekt zu Wohlstand gelangte. In jüngster Zeit beobachte ich

eine Entwicklung hin zur Polarisierung der politischen Ränder, begleitet von extremen zum Teil nur noch ideologisch geprägten Debatten, zu denen meines Erachtens auch die modernen Kommunikationsformen ihren Teil beitragen. Diese Entwicklung gefällt mir weniger. Die Schweiz des 20. Jahrhunderts ist jedoch trotz ihrer Defizite, beispielsweise dem viel zu spät eingeführten Frauenstimmrecht, ein Erfolgsmodell, das Wohlstand für viele brachte. Dieses Erfolgsmodell ist aus meiner Sicht der ganzen Schweizer Gesellschaft zu verdanken und nicht nur einem Teil derselben.

Was war beim Landesstreik wichtig? Für mich, dass die soziale Ungerechtigkeit angeprangert wurde. Das ist der Grund, weshalb ich Sozialdemokrat wurde. Die soziale Ungerechtigkeit wurde auch aus bäuerlichen Kreisen kritisiert. Die Gründe hierfür waren zumindest teilweise die gleichen wie bei den Arbeitern (was später allerdings daraus wurde, ist weniger erfreulich...) Es herrschten Ungleichheit, Ungerechtigkeit und vor allem Armut und Not. In solchen Situationen lehnen sich die Menschen auf. Der Landesstreik hat einiges ausgelöst. So wurden beispielsweise das Proporzwahlrecht oder die AHV eingeführt. Zu erwähnen ist aber auch die Sozialpartnerschaft, die mittels sogenannter Friedensabkommen gewissen Branchen wirtschaftlichen Wohlstand ermöglichten. Meines Erachtens hat der Landesstreik diese Fortschritte bewirkt, weil die Schwächeren (die Arbeiterschaft und die weniger Begüterten) für ihre Rechte einstanden. Ich war vor 100 Jahren nicht dabei. Ich habe nicht den Einruck gewonnen, dass die Schweiz damals vor einem Bürgerkrieg stand. Ein Teil der Bevölkerung mag diesen Eindruck gewonnen haben, es ist aber immer schwierig, Ereignisse im Nachhinein zu werten. Vor dem Hintergrund der Ereignisse im Ausland war sicher eine gewisse Angst vor einem Bürgerkrieg vorhanden. Ich glaube, man kann Herrn Freuler recht geben: Personen wie Robert Grimm waren keine Revolutionäre, die einen Umsturz planten. Sie wollten die bestehende Ordnung in unserem Land nicht aufheben und zu einem anderen Staatssystem wechseln. Aber sie wollten, dass sich die ganze Bevölkerung am Gemeinwesen beteiligen kann - für uns heute selbstverständlich - war das ein grosser Fortschritt. Eine weitere Folge des Landesstreiks war die Einbindung aller massgeblichen politischen Kräfte in das Konkordanzsystem. Damit einher ging das Ende der freisinnigen Dominanz, das aber mit der Wahl des katholisch-konservativen Bundesrats Josef Zemp eigentlich bereits 1891 eingeläutet wurde. Später folgten im Bundesrat der wohl allen bekannte Ruedi Minger von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und 1943 Ernst Nobs als erster Sozialdemokrat. Die Schweiz wurde dadurch auf ein solides und breites Fundament abgestützt, das in seinen Grundzügen bis heute Bestand hat (auch wenn mir gewisse neuere Entwicklungen weniger gefallen...)

Robert Grimm wurde heute bereits verschiedentlich von verschiedenen Stadtratsmitgliedern gewürdigt und ich erlaube mir, an dieser Stelle auch meine persönliche Würdigung abzugeben. Ich möchte zwei Stationen aus der Karriere von Robert Grimm erwähnen: Als Regierungsrat war er bernischer Baudirektor und amtierte später er als Direktor der BLS. Entspricht dies dem Curriculum vitae eines Revolutionärs? Wohl nicht... Robert Grimm stand jederzeit klar für unser Land ein. Er setzte sich für die Arbeiterschaft, aber auch für anderes Wichtiges wie die Infrastruktur ein. Auch heute kümmert sich der Gemeinderat um eine gute Infrastruktur, denn sie ist Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand. Was viele vielleicht nicht wissen ist, dass Robert Grimm auch der Retter des Berner Rathauses ist. Dieses befand sich in den 1930er- und 1940er-Jahren in einem absolut desolaten Zustand. Als Berner Baudirektor rettete Robert Grimm das Gebäude. Was er damit machte? Ich

weiss nicht, ob Sie schon einmal im Rathauskeller waren, wo die heutige Berner Regierung ab und zu Gäste empfängt. Dort hängt ein Relief, auf dem zehn Personen abgebildet sind, alles Männer. Es stellt die damalige Berner Regierung dar. Einer davon sticht etwas hervor, nämlich Robert Grimm, der sich dort selber verewigen liess. Jemand, der sich selber ein Denkmal schafft, ist vielleicht doch etwas revolutionär... Jedenfalls setzte sich Robert Grimm für unseren Kanton, unser Land und dessen Bevölkerung ein. Die Sozialdemokratie und auch die Arbeiterschaft hatten im Übrigen schon immer ein gespaltenes Verhältnis zur Armee. Geprägt wurde dieses dadurch, dass der Bundesrat 1918 die Armee in Bereitschaft gegen die Arbeiterschaft versetzte. Dennoch setzte sich die gleiche Sozialdemokratie und die gleiche Arbeiterschaft in Zeiten äusserer Bedrohung, also im zweiten Weltkrieg, ohne Wenn und Aber für die bewaffnete Landesverteidigung ein. Auch das gilt es anzuerkennen und stellt ein weiteres Zeichen dafür dar, dass es nicht um eine Revolution ging. Vielmehr standen Menschen für eine moderne, der Gleichberechtigung verpflichtete Schweiz ein. Dies meine Überlegungen zu den zahlreichen Voten heute Abend zum Landesstreik. Es könnte noch vieles gesagt werden. In Anbetracht der Mahnung der Stadtratspräsidentin, nicht allzu lange zu sprechen und noch die Überträge abarbeiten zu können, komme ich aber schon fast zum Schluss.

Weshalb beantragt der Gemeinderat, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben? Auch vor 100 Jahren gab es keine kommunale Justiz und damit keine Urteile, die im Namen der Stadt Biel gesprochen wurden. Eine Resolution an den Bundesrat könnte der Stadtrat auch selber verabschieden. Dazu braucht er den Gemeinderat nicht. In den letzten Tagen hat sich der Gemeinderat aber nochmals Gedanken dazu gemacht, was er in dieser Sache noch unternehmen könnte. Es wurde die Idee geäussert, beim Bahnhof eine Informationstafel zu platzieren, die auf den Landesstreik hinweist. Ein konkreter Vorschlag liegt aber nicht vor und es wird sich zeigen müssen, ob und in welcher Form diese Idee realisierbar ist. Ich bitte den Stadtrat dennoch, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und das Postulat abzuschreiben.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Der Antrag des Gemeinderats, das überparteiliche Postulat erheblich zu erklären, wird nicht bestritten. Wir stimmen nun über den Antrag von Herrn Freuler ab, das überparteiliche Postulat nicht abzuschreiben.

### **Abstimmung**

- über den Antrag von Herrn Freuler, das überparteiliche Postulat nicht abzuschreiben.

**Der Antrag wird abgelehnt. Somit wird das überparteiliche Postulat erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.**



**108. Dringliches überparteiliches Postulat 20180064, Dana Augsburger-Brom, SP, Max Wiher, GLP, Stefan Kaufmann, FDP, Maurice Rebetez, PSR, Pascal Bord, PRR, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Reto Gugger, BDP, «Go Eisplanade! – Biel unterstützt weitere Austragungen»**

(Text des überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche überparteiliche Postulat erheblich zu erklären.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP/JUSO:** Dem ersten Abschnitt der Beantwortung ist zu entnehmen, dass es gelungen sei, *"etwas Neues und in dieser Form in der Schweiz bisher Einmaliges auf die Beine zu stellen. Die Resonanz auf die Eisplanade war auf den verschiedensten Ebenen gross und der Anlass aus Publikumssicht ein Erfolg."* Über die Eisplanade erschienen viele Zeitungsartikel und ich nehme an, die meisten hier Anwesenden haben sie besucht. Der zweite Abschnitt der Beantwortung nimmt Bezug auf den Vorstoss 20140049 «Innenstadtattraktivierung durch mobile Eisbahn während Weihnachtsmarkt». Darin schreibt der Gemeinderat: *"Der Gemeinderat hat in diesem Sinne bereits die Verwaltung beauftragt, entsprechende Kontakte zu knüpfen und insbesondere auch die Prüfung der vom Postulat gestellten Fragen durch mögliche Betreiber zu initiieren. Sollten diese Abklärungen positiv verlaufen, wird der Gemeinderat ein entsprechendes Projekt mit positiven Rahmenbedingungen im Rahmen des geltenden Rechts unterstützen."* Der Vorstoss 20140049 wurde vom Stadtrat erheblich erklärt, ist also noch nicht abgeschlossen. Das nun vorliegende Postulat hat zum Ziel, in Absprache mit den Eisplanade-Betreibenden die Rahmenbedingungen für diesen Anlass zu definieren. Es wurde dringlich erklärt, weil die Betreibenden rasch mit der Planung anfangen wollen. Es ist klar, dass der Gemeinderat aufgrund der kurzen Beantwortungsfrist nicht auf alle sechs im Postulat genannten Punkte eingehen konnte. Trotzdem wäre deren Beantwortung interessant gewesen. Ich bin zuversichtlich, dass der Gemeinderat heute über den aktuellen Stand berichten kann. Ich finde es wichtig, dass sich Stadtratsmitglieder als VolksvertreterInnen nicht nur für ihre persönlichen Interessen einsetzen, sondern für die Anliegen der Bevölkerung. Die Eisplanade hat vielen sehr gut gefallen. Ich setze mich gerne für deren Weiterbestand ein, denn sie brachte Leben in die Stadt und erhöhte die Attraktivität des Zentrums. Sie war das Highlight des letzten Winters und erhielt viel Lob. Nichts desto trotz werden sich einige meiner Fraktionsmitglieder in der Abstimmung ihrer Stimme enthalten. Nicht, weil sie die Innenstadtattraktivierung oder den Eislauf schlecht fänden, sondern aufgrund von Umweltaspekten, die bei einer solchen mobilen Eisbahn ins Gewicht fallen. So ist die Fraktion SP/JUSO auch nicht ganz so stolz darauf, dass in Biel die weltweit grösste mobile Eisbahn stand. Aus ihrer Sicht dürfte sie ruhig etwas kleiner ausfallen. Die Organisierenden haben eine andere Grösse des neuen Eisfeldes aber bereits angedacht und ich finde, sie verdienen unsere Unterstützung. Der Einbezug des Gemeinderats ist vorteilhaft, weil er zu Fragen rund um die Umweltverträglichkeit Unterstützung bieten und sein Wissen weitergeben kann. Übrigens war die Optimierung der Umweltverträglichkeit des Eisfeldes bereits ein Anliegen des Vorstosses 20140049. Damit hoffe ich, dass für die Eisplanade eine gute Lösung gefunden und sie auch im nächsten Winter durchgeführt werden kann.

**Zumstein Joël Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Ich vertrete die wohl einzige Fraktion, die nicht Miturheberin des vorliegenden Postulats ist. Die Eisplanade hat im vergangenen Winter viele Besuchende angelockt und war eine attraktive Veranstaltung für Jung und Alt. Wie im Postulat festgehalten, konnte dank der Eisplanade die Innenstadt attraktiviert und das Gewerbe gestärkt werden. Die Stadt trat in den Medien für einmal positiv in Erscheinung. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen anerkennt den durch die Eisplanade generierten Mehrwert für die Stadt. Im Postulat sind zahlreiche Forderungen zur Prüfung an den Gemeinderat aufgelistet. Diesen stimmt unsere Fraktion nicht pauschal zu, befürwortet sie aber mehrheitlich. Unter dem Aspekt der Wirtschaftsfreiheit soll ein Unternehmen oder ein Projektteam umsetzen können, was es als richtig erachtet. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen findet aber, dass nicht jede Idee auch von der Stadt mitfinanziert werden muss. Deshalb ist es für uns auch nicht zwingend, dass die Stadt das Projekt Eisplanade mitfinanziert, zumal so das unternehmerische Risiko vom Unternehmer auf die Stadt überginge. Als Fazit sind aber auch wir der Ansicht, dass die Eisplanade eine vielversprechende Veranstaltung ist, die auch in zukünftigen Wintermonaten unsere Stadt bereichern sollte. Wir befürworten grundsätzlich die Stossrichtung des vorliegenden Postulats und folgen dem Antrag des Gemeinderats.

**Wiher Max, GLP:** Auch ich ging auf der Eisplanade Schlittschuh laufen und fand es fantastisch. Letzten Winter sollen 60'000 Personen die Eisplanade besucht haben. Das ist sensationell. Die Idee Eisplanade wurde vor der Realisierung als Luftschloss abgetan und kaum jemand konnte sich vorstellen, wie die Eisbahn in Realität aussieht. Der Beweis, dass das Konzept funktioniert ist nun erbracht. Es gibt aber viele Verbesserungsmöglichkeiten, die im nächsten Winter umgesetzt werden könnten. Meinem Vorredner möchte ich noch mitgeben, dass ein Postulat keine Forderung enthalten darf. Forderungen müssen als Motion eingereicht werden. Soviel zu den verschiedenen Vorstossarten... Vorliegend geht es um ein Postulat und damit einzig und allein um einen Prüfungsauftrag. Der Gemeinderat wird ersucht zu prüfen, wie er die Eisplanade in Zukunft begleiten kann. Finanzielle Unterstützung ist sicher eine Möglichkeit, es geht aber auch darum, das grosse Netzwerk der Stadt zu nutzen, um Brücken zu bauen und Türen zu öffnen. Der Gemeinderat könnte viel anstossen, ohne dass es viel kostet und das dennoch für die Eisplanade essentiell sein könnte. Die Eisplanade ist mit einem Budget von rund CHF 1 Mio. ein grosses Projekt. Hinter dem Projekt stehen aber nur gerade zwei Personen, deren Engagement ich sehr mutig finde. Im letzten Winter arbeiteten alle Beteiligten gratis, was bei einer nächsten Durchführung wohl nicht mehr möglich sein wird. Es wäre deshalb schön, wenn die Stadt bei der Suche nach Lösungen mithelfen und vielleicht ein paar Türen aufstossen könnte. Ich danke für die Unterstützung.

**Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR:** Le Groupe PSR a pris connaissance avec intérêt de la réponse du Conseil municipal et le remercie pour les premières analyses et quelques précisions fournies. Il s'agit d'une entrée en matière relativement discrète, qui mériterait certainement un peu plus d'enthousiasme et de dynamisme. À la décharge du Conseil municipal, il est pertinent de constater que le temps nécessaire à une analyse pertinente et complète de la situation lui a manqué. Toutefois, la deuxième édition est déjà en route, les choses vont vite et un hiver se profile déjà. Je tiens donc à rappeler des considérations, qui permettront sûrement d'étayer une demande de soutien qui s'avère nécessaire. Eisplanade 2017/2018 était une patinoire pas comme les autres, même si plusieurs communes proposent ce genre d'attractions. Eisplanade

a permis de faire connaître Bienne autrement. Notre Ville est devenue, le temps d'un hiver, un endroit sympathique, dynamique et accueillant, qui a été relevé et envié loin à la ronde. Quasi l'ensemble des médias du pays ont parlé de Bienne en positif. Voilà un fait non négligeable à relever, car trop souvent il est relevé que les aspects négatifs. Eisplanade a encouragé un grand nombre d'enfants et de famille à chausser les patins pour la première fois. J'en ai fait l'expérience en étant directeur d'une école primaire. Il aura fallu cette ambiance particulière du Centre de la Ville pour susciter cet enthousiasme. Cette offre n'est donc, en aucun cas, une concurrence à la Tissot Arena. Elle est tout simplement un excellent complément, qui encourage la pratique d'un sport en plein air. Cet hiver et pour la première fois, il y a eu, dans les magasins de sport biennois, pénurie de patins. Eisplanade a accueilli plusieurs classes d'écoles de Bienne mais aussi des alentours, qui sont venues expressément à Bienne pour y vivre une aventure unique. Cette jeunesse, qui s'est mise à la pratique d'une activité sportive saine, est un encouragement certain pour remettre l'ouvrage sur le métier. Eisplanade a apporté, à sa manière, une contribution au renforcement de l'attractivité de Bienne. Toutefois, Eisplanade doit être soutenue afin de pouvoir continuer à vivre et se développer. La manière et les bases de ce soutien doivent être encore décidés. Le Groupe PSR demande donc au Conseil municipal d'analyser de manière plus approfondie les différents soutiens de quelle forme que ce soit, que la Ville peut proposer afin de permettre à cette aventure de perdurer. Je vous remercie de votre soutien et de votre attention.

**Gugger Reto, BDP:** Ich war nie auf der Eisplanade, denn Schlittschuh fahren und ich passen etwa so gut zusammen wie ein Elefant und ein Porzellanladen. Ich stand aber oft an der Bande und schaute meinen Kindern zu. Kinder jeglicher Couleur standen wohl zum ersten Mal im Leben auf Schlittschuhen und entdeckten das für sie neue Element. Ich sah, mit welchem Herzblut Glühwein und andere Getränke verkauft wurden. Ich sah, wieviele Firmen diesen Event schätzten und ihre Weihnachtsessen auf der Eisplanade durchführten. Und ich sah, dass die Stadt davon profitieren konnte ohne dem Weihnachtsmarkt sämtliche BesucherInnen zu entziehen. Die Eisplanade-Besuchenden kamen von überall her. Schulklassen verlegten ihren Sportunterricht auf die Eisplanade. Vielleicht wäre deshalb auch ein Zustupf aus der Kasse der Direktion Bildung, Kultur und Sport eine Möglichkeit. Das Parking Esplanade war teilweise total belegt und es kam zu Warteschlangen. Auch das dürfte mit der Eisplanade zusammenhängen. Die Forderung, die umliegenden Gemeinden um Unterstützung zu bitten, ist legitim, denn die Eisplanade zog Kinder aus dem ganzen Seeland an. Mir sind Kinder aus Schwadernau oder von noch weiter weg bekannt, die regelmässig nach Biel kamen, weil sie so gerne auf der Eisplanade Schlittschuh laufen. Es wäre schade, wenn dieses Ereignis einmalig gewesen wäre und sich die Stadt die Chance entgehen lassen würde, mit nur CHF 10'000 bei 60'000 Besuchenden für Biel Werbung zu machen. Vergleichen Sie diese Zahlen einmal mit anderen von der Stadt unterstützten Angeboten...

**Beriger Michelle, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne fragte sich, wie nachhaltig das Projekt Eisplanade ist. Es wäre gut, sich darüber einige Gedanken zu machen...

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Es ist völlig unbestritten, dass das Konzept Eisplanade ein neues, bereicherndes und spannendes Element in die Stadt gebracht hat. Die Eisplanade bietet mehr als nur eine Fläche um Schlittschuh zu laufen. Wie der Gemeinderat in seiner Beantwortung festhält, verdienen die beiden Initianten der

Eisplanade grossen Respekt und Anerkennung. Selbstverständlich wünscht sich auch der Gemeinderat, dass diese Veranstaltung Bestand hat. Die Stadt wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen. In der Debatte wurden Zahlen genannt, die aus meiner Sicht nicht falsch sind. Klar ist, dass die Stadt nur einen bescheidenen Beitrag leisten kann. Sie können davon ausgehen, dass wenn der Gemeinderat dem Stadtrat einen Vorschlag unterbreiten wird, dieser wohl eher bei CHF 10'000 denn bei CHF 1 Mio. liegen dürfte. Ursprünglich fand der Gemeinderat, dass die Stadt ein solches Projekt einzig unterstützen kann, indem sie den dafür nötigen Platz zur Verfügung stellt. Die Finanzierung sollte über Private erfolgen. Nun hat sich (übrigens auch bei der Eisbahn auf dem Bundesplatz in Bern) gezeigt, dass ein solches Projekt ganz ohne Unterstützung der öffentlichen Hand nicht finanzierbar ist. Das dürfte einer der Eckwerte in der Beurteilung des in der Zwischenzeit eingegangenen Gesuchs darstellen. Herr Wiher äusserte sich sehr formalistisch, wo er doch sonst eher den flexiblen Praktiker gibt... Dass der vorliegende Vorstoss keine Forderung beinhaltet, dürfte nicht einmal er selber glauben. Er stellt Forderungen! Der Gemeinderat ist nicht naiv und hat begriffen, dass der Stadtrat einen finanziellen Beitrag an die Eisplanade erwartet. Herr Wiher hat aber dennoch recht wenn er sagt, dass sich eine Motion für das vorliegende Anliegen nicht geeignet hätte. Frau Augsburg-Brom hätte gerne noch etwas mehr gewusst zu den sechs im Vorstoss aufgeführten Aspekten. Ich beantworte die Frage, weshalb nicht mehr in der Beantwortung steht selber: weil der Vorstoss dringlich erklärt wurde und daher die Zeit für die Beantwortung knapp ausfiel. Das Gesuch der Eisplanade-Betreibenden ist noch nicht abschliessend beurteilt, weshalb ich keine Details bekanntgeben kann. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass das erste Anliegen des Postulats (Gesuch um finanzielle Unterstützung) einen Zusammenhang mit dem zweiten (Zur Verfügungstellung von städtischen Dienstleistungen zu vergünstigten Tarifen oder kostenlos) hat, denn es gilt das sogenannte Bruttoprinzip. Gebührenverzicht oder finanzielle Unterstützung werden gleich gewichtet. Zum dritten Anliegen: Inzwischen wurde der Verein Esplanade gegründet. Die Stadt hat dem Verein ermöglicht, das Projekt anlässlich der letzten Amtskonferenz vorzustellen und die Gemeinden um individuelle Unterstützung anzufragen. Es gilt jedoch realistisch zu sein: Ähnliche Eisbahnen gibt es in Schüpfen und Aarberg. Diese Gemeinden und ihr "Umland" sind kaum bereit, Geld für Biel auszugeben, dies umso mehr, als die Eisplanade die einzige mobile Eisbahn der Gegend ist, die von einem massiven Beitrag aus Fördermitteln der Neuen Regionalpolitik (NRP) profitiert. Die NRP leistet immer eine Anschubfinanzierung, die berücksichtigten Projekte müssen jedoch anschliessend selber "zu Fliegen" kommen. Es handelt sich also um einen einmaligen Beitrag, was den Initianten aber bewusst ist. Was ihr viertes Anliegen (Synergien mit Tissot-Arena / CTS) angeht, muss ich Sie enttäuschen, Frau Augsburg-Brom. Es gibt keine Synergien mit der Tissot-Arena oder der CTS. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall und zwar aus einem ganz einfachen Grund: am Abend, wenn die Trainingszeiten für Vereine in der Tissot-Arena gefragt sind, findet dort bereits heute kein freier Eislauf statt, denn zu dieser Zeit sind die beiden Eisfelder der Tissot-Arena ausgelastet. Hingegen verzeichnete die Tissot-Arena bei den Eintritten im Dezember und Januar Einbrüche, die mit der Eisplanade zusammenhängen. Betroffen sind insbesondere die Zeiten zwischen 10.00 und 12.00 Uhr sowie zwischen 14.00 und 16.00 Uhr. Zu diesen Zeiten können die Eishockey-Amateurmannschaften nicht trainieren, da ihre Spieler arbeiten. Der Rückgang der Eintritte in die Tissot-Arena war zwar nicht sehr dramatisch, es stellt sich aber auch keine Win-Win-Situation ein, beispielsweise weil dank der Eisplanade mehr Eiszeit für die Vereine zur Verfügung gestellt werden kann. Zwar entstanden, zumindest

theoretisch, freie Eiskapazitäten, aber zur falschen Tageszeit. Damit müssen wir leben. Bezüglich des Einbezugs des Bundesamtes für Sport (BASPO), sehe ich Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. Ich denke, der Verein Eisplanade hat diesbezüglich einen guten Entscheid gefällt, indem er Grossrätin Andrea Zryd zu seiner Präsidentin wählte. Sie hat einen vorzüglichen Zugang zum BASPO. Deshalb gehe ich davon aus, dass diese Tür bereits heute sperrangelweit offensteht. Was das sechste Anliegen (Umweltverträglichkeitsfaktoren) anbelangt, müssen wir uns nichts vormachen. Ein solch grosses Eisfeld unter freiem Himmel kann bei den hiesigen Klimaverhältnissen, also eher warmen Wintern, in welchen es auch manchmal regnet, kein ökologisch und energieeffizientes Vorzeigeprojekt sein. Sicher ist eine Reduktion des Energieverbrauchs noch möglich. Daran haben auch die Organisatoren Interesse, weil der für die Eiskühlung benötigte Strom einer der grössten Kostenfaktoren ist. Deshalb wurde auch die Eisschicht relativ dünn ausgelegt, weil so weniger Energie für die Kühlung gebraucht wird. Das führte aber dazu, dass das Eisfeld bei Regen relativ rasch nicht mehr nutzbar war. Solche Kompromisse sind einzugehen. Die Organisatoren haben signalisiert, dass sie an einer besseren Energieeffizienz interessiert sind. Damit das Projekt zu Fliegen kommt, kämpfen die Organisatoren aber an so vielen Fronten, dass ich nicht davon ausgehen kann, dass die Eisplanade innert Kürze zu einem ökologischen Vorzeigeprojekt wird. Sobald sich abzeichnet, dass sich die Situation stabilisiert, kann das Projekt vielleicht auch hinsichtlich der ökologischen Aspekte noch etwas verbessert werden. Vielleicht gelingt es den Organisatoren, Partner zu finden, die sie hinsichtlich der Ökologie unterstützen. Mobile Kühlsysteme sind leider per se nicht sehr umweltfreundlich. Manchmal muss eine Güterabwägung vorgenommen werden. Ich denke ehrlicherweise, dass es punkto Ökologie kein grosses Verbesserungspotenzial gibt. Trotzdem sind die Organisatoren total zuversichtlich, dass die Eisplanade wieder durchgeführt werden kann. Das freut den Gemeinderat und er wird die Eisplanade soweit möglich und wie im Postulat angeregt, unterstützen. Im Zusammenhang mit dem Budget wird der Stadtrat aber vermutlich erneut über dieses Thema diskutieren müssen.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**109. Dringliche überparteiliche Interpellation 20180065, Patrick Widmer, SVP, Stefan Kaufmann, FDP, «In welcher Form wird die Stadt Biel die nächste Schweizerische Plastikausstellung unterstützen?»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Die Interpellanten sind von der Antwort **befriedigt**.

**Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Je remercie le Conseil municipal de sa réponse. Depuis la remise de cette interpellation, beaucoup d'encre a coulé en relation avec ce projet. La pression exercée sur ce projet par les différentes interventions parlementaires ainsi que par les oppositions des différents partis concernés ont eu un effet positif. Le projet a été reporté à l'année 2019. Je constate par contre, que Monsieur Hirschhorn ne veut pas entendre parler d'un déplacement de son projet ou de son œuvre, comme il le dit, sur un site plus approprié tel que l'Esplanade, par exemple. Je ne manquerai pas, dans les semaines ou mois à venir,

de suivre avec grande attention ce projet afin de m'assurer que même dans le cas où cette exposition devait avoir lieu sur la place de la Gare, que toutes les mesures de sécurité et de mobilité soient réglées et que l'accès à la Gare par la population soit garanti. Je suis satisfait par la réponse du Conseil municipal.

**110. Interpellation 20170353, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP, «Darf Kunst alles?»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

**Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP:** Alle in der Interpellation gestellten Fragen wurden beantwortet. Lediglich bezüglich der siebten Frage gab es vielleicht ein kleines Missverständnis: Entgegen der Antwort des Gemeinderats ging ich nicht davon aus, dass andere Grossanlässe während der geplanten schweizerischen Plastikausstellung eine Bewilligung zur Nutzung des Bahnhofplatzes erhalten. Vielmehr fragte ich mich, ob im gleichen Zeitraum Bewilligungen für Grossanlässe anderswo in der Stadt beantragt wurden und falls ja, welche dann vorgehen. In der Zwischenzeit ist es offiziell, dass am See ein Lakelive-Festival geplant ist. Würde dieses gleichzeitig wie die Plastikausstellung stattfinden, käme es am Bahnhof aufgrund der erwarteten grossen Passantenströme sicher zu Problemen. Von der Beantwortung bin ich befriedigt. Vorliegend finde ich vor allem spannend, dass die Bewilligung für die schweizerische Plastikausstellung erst beantragt wurde, nachdem die vorliegende Interpellation eingereicht und kritische Zeitungsberichte erschienen sind...

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Ich schlage vor, die verbleibenden Traktanden anlässlich der nächsten Sitzung zu behandeln. Somit schliesse ich die heutige Sitzung und wünsche allen eine gute Heimreise.

## 111. Neueingänge

**20180193**    **Dringliches überparteiliches Postulat Dana Augsburgers- BEU**  
**Brom, SP, Muriel Günther, SP, Michelle Beriger, Grüne,**  
**Judith Schmid, PdA**

Wiederinbetriebnahme der öffentlichen Toiletten

FID

Remise en service des toilettes publiques

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:45 Uhr / heures**

---

**Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:**

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

**Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

**Protokoll:**

Meister Katrin

Flückiger Rita

**Procès-verbal:**

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane